

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 148.

Donnerstag, den 27. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Nationalmiserables.

Die Industriekonkurrenten und Oberschneidmacher im Wahlkreis Bochum, die Baare, Kirdorf und Konforten haben es sich bekanntlich Hunderttausende von Mark kosten lassen, um den Wahlkreis Bochum der Sozialdemokratie wieder zu entreißen. Sie stellten schon vor der Wahl 1907 einen Generalsekretär und sieben Untersekretäre an, die auf die Hauptzentren des Wahlkreises verteilt waren. Mit Hochdruck wurde jahrelang gearbeitet. Die organisatorischen und besonders die finanziellen Erfolge, die man sich versprochen, blieben aber aus. So vorzüglich man sich auch auf das Schnorren verstand, den Löwenanteil der gewaltigen Unkosten mußten nach wie vor die Zechen- und Hüttenbesitzer selber zahlen.

Schließlich wurde man mit dem Generalissimus Hans Schack unzufrieden; man schob ihm den größten Teil der Schuld an den Mißerfolgen zu. Vielleicht nicht ganz mit Unrecht. Aber das interessiert hier weiter nicht. Tatsache ist, daß die hochmögenden Macher der nationalliberalen Partei im Wahlkreis immer unzufriedener mit ihrem Schack und seinen Knappen wurden, und daß nur die herannahende Reichstagswahl hemmend auf den Lauf der Dinge einwirkte.

Der Generalsekretär Hans Schack wußte, daß sein Schicksal besiegelt war, wenn es nicht gelang, der Sozialdemokratie den Wahlkreis zu entreißen. So erklärt sich, daß dieser Mann, dessen ganzes Auftreten in nichts an seinen früheren Beruf als Pastor erinnerte, während des letzten Wahlkampfes zu den skrupellosen Mitteln griff; so skrupellos, daß sich sogar der damalige Vorsitzende der nationalliberalen Partei im Kreise, Rechtsanwalt Heydemann, seiner schämte. Aber der Zweck heiligt die Mittel. Diesen christlich-jesuitischen Grundsatz hatte Schack sich zu eigen gemacht. Nicht nur hatte er es verstanden, mit den Bochumer Zentrumsführern, die er noch vor nicht langer Zeit in öffentlicher Versammlung mit den Worten: „Da sitzt die Schweinebande!“ apostrophierte, ein schmachtvolles Stichwahlabkommen zu entwerfen, er schaute nicht davor zurück, mit dem Zentrum den schamlosesten Schwindel zu betreiben, der bei der letzten Reichstagswahl verübt worden ist. Schack war es, der am Stichwahltag den Wahlkreis Bochum mit der elenden, von den Bochumer Zentrumsleuten ausgeheckten Verleumdung übersättigte, daß Sozialdemokraten die polnische Kirche in Bochum mit Kothausen beschmutzt hätten. Es ist beschämend, daß nicht nur die Polen in ihrer Mehrheit sich durch diesen handgreiflichen Schwindel fanatisieren ließen. Was nach der von den Christenführern entfachten beispiellosen Heiße gegen Genosse Hue noch an der Erweckung infernalischen Hasses möglich war, das wurde mit diesem Kothausenschwindel erreicht.

So wurde der Renommier-Arbeiterkandidat Heckmann gewählt. Ein Mann, auf den die Ausführungen des Politikers vorzüglich passen, der jüngst im „Deutschen Reichsarchiv“ sammelte, daß für alles mögliche ein Befähigungsnachweis verlangt werde, nur nicht für die Befehlsgewalt.

Doch die Hauptsache war ja, daß Hue aus dem Reichstage heraus war. Und damit schien auch Schacks äußerlich gefährdete Position gesichert, umso mehr, als er ja das war, was man jetzt „nationalliberal“ nennt.

Und doch soll nun die Herrlichkeit ein Ende haben. Die Geldleute der vorgenannten nationalliberalen Partei im Kreise können eben rechnen, und die kalkulieren offenbar so: Der Zweck, den wir mit dem kostspieligen Organisationsapparat verfolgt haben, ist erreicht: Hue ist hinaus. Und zwar mit geschlossener Hilfe des Zentrums und der Zentrumsvereinigungen. Was sollen wir da noch mit einem so großen und kostspieligen Hauspersonal während der stillen Zeit? Und im übrigen: Der Schack und seine sieben Schwaben tun ja doch auch nicht, hätten den Kreis auch nicht erobern können, wenn die Schwarzen nicht bis auf den letzten Mann mit angetreten wären. Und diese haben sich nunmehr auch für die Zukunft festgelegt.

Diese und vielleicht auch noch andere Erwägungen und Umstände sind offenbar für den Entschluß entscheidend gewesen, dem Hauspersonal zu kündigen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtete in anerkannter Offenheit über die Kündigung in folgender Form:

„Die innere Krise der nationalliberalen Gesamtpartei kommt auch darin zum Ausdruck, daß die nationalliberale Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Herne-Witten wegen künftigen Wegfalls der bisherigen Unterstützung aus Industriekreisen ihre Parteibureaus in Herne, Hattingen, Witten, Wattenscheid und Wanne mit dem 1. Juli eingehen läßt. Den sechs Parteisekretären

von welchen fünf aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, war am 1. April die vertragliche vierteljährliche Kündigung zugestellt worden. Dem Generalsekretär des Wahlkreises, Schack in Bochum, ist auf 1. April 1913 gekündigt.“

Das Publikationsorgan der „nationalliberalen Partei“ im Wahlkreis Bochum, der „Märkische Sprecher“, wußte vor Überraschung über diese Indiskretion nur zu sagen, daß ihm aus dem „Parteibureau“ der nationalliberalen Partei, also von Hans Schack, folgendes mitgeteilt sei:

„Die Nachricht (der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“) ist in den wesentlichen Punkten unrichtig. Mit Ausnahme des Generalsekretärs war allerdings den Parteisekretären gekündigt gewesen, jedoch nur, weil man sie durch andere Herren ersetzen wollte. Von einem Eingehen des Parteibureaus in Witten, Hattingen, Wattenscheid und Herne kann keine Rede sein. Ebenso unrichtig ist es, daß Generalsekretär Schack zum 1. April 1913 gekündigt worden sei.“

Ein recht lahmendes und unklares Dementi, das oben drein mit dem Wortlaut der Kündigungsschreiben in Widerspruch steht, in denen es heißt:

„Da wir nicht mehr in der Lage sind, die Mittel für die große Organisation aufzubringen, sehen wir uns leider genötigt, Ihnen Ihre bisherige Stellung zum 30. Juni 1912 zu kündigen.“

Für den Sekretär in Wanne erübrigte sich, nebenbei bemerkt, die Kündigung. Dieser hat schon vor einigen Wochen seine Tätigkeit aufgegeben, nachdem er vorher das Bureauinventar verkauft hatte. — Fügen wir hinzu, daß sich bei Aufstellung der Abrechnung über die Reichstagswahl erhebliche Schwierigkeiten bemerkbar gemacht haben, so ergibt sich ein erbärmliches Bild nationalliberaler Herrlichkeit.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

**Pechota, der frühere Züricher Sozialist als Werbeagent der reichsständischen Liberalen.**

Um die Sozialdemokraten zu vernichten, haben sich die elsaß-lothringischen Liberalen eine Attraktion aus der Schweiz kommen lassen. Der frühere sozialdemokratische Redakteur Franz Pechota, der vor einigen Wochen aus der sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgestiegen ist und dann die Partei heruntertrieb, hielt in Bischofweiler bei Straßburg eine Versammlung ab, die Zwietracht und Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter säen sollte. Die Herren Arrangiere hatten sich aber verrechnet. Ein Heiterkeitserfolg war alles, was der Renegat seinen Brotagern einbringen konnte. Der alte Parteiveteran Grenlich hatte schon recht, als er schrieb: Solche „Sozialdemokraten“ können der Partei keinen Schaden zufügen.

**Weitere Steigerung der Fleischpreise.**

In der ersten Hälfte des Juni zeigt der Preis sämtlicher Fleischsorten im Durchschnitt der 50 Hauptmarktorde Preußens eine wesentliche Erhöhung.

Das Rindfleisch hat seinen Durchschnittspreis von 176,5 auf 179,0 Pfg. für das Kilogramm erhöht. Der des Kalbfleisches ist von 196,9 auf 198,1 gegangen. Das Hammelfleisch ist am meisten, von 185,4 auf 191,7 Pfg. gestiegen, hauptsächlich, weil in Berlin der Preis von 188 auf 212 Pfg. in die Höhe geschneit ist. Außer Berlin hatten noch 14 Marktorde eine Erhöhung, dagegen 4 eine Herabsetzung des Preises. Der Schweinefleischpreis ist von 160,0 auf 162,3 Pfg. gestiegen. Der Durchschnittspreis des Schinkens ist beim Verkauf im ganzen von 251,7 auf 254,9, beim Verkauf im Ausschnitt von 350,3 auf 351,7 Pfg. gestiegen. Speck hat seinen Preis von 182,1 auf 181,5 ermäßigten können. Rostfleisch ist von 79,0 auf 79,2 Pfg. gestiegen. Vergleicht man die jetzigen Preise mit denen der ersten Hälfte des Juni vorigen Jahres, so sind gegenüber dem Vorjahr teurer Schweinefleisch um 17,5 Pfg., Rindfleisch um 12,6, Hammelfleisch um 11,7, Kalbfleisch um 10,1 und Rostfleisch um 1,4 Pfg., ferner Schinken beim Verkauf im ganzen um 6,5 und beim Verkauf im Ausschnitt um 10,0 Pfg., sowie Speck um 9,9 Pfg. Geht man drei Jahre zurück, so ist gestiegen der Preis des Schweinefleisches um 5,0 v. H., der des Kalbfleisches um 13,0, des Hammelfleisches um 15,1 und des Rindfleisches um 15,6 v. H.

Die Einkommensverhältnisse der minderbemittelten Klassen haben in dieser Zeit eine Besserung nicht erfahren. Die ungeheure Preissteigerung bedeutet demnach eine schwere Belastung, die unrettbar zur Unterernährung führen muß.

**Eine stürmische Sitzung im bayerischen Landtage.**

Am Schluß der Mittwochsitzung, in der der Etat des Innern beraten wurde, kam es zu einem seit zwei Jahrzehnten im bayerischen Landtage nicht erlebten Zusammen-

stoß der Linken mit dem Präsidium. Genosse Segig sprach über die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Beigeordneter und Bürgermeister. Das frühere Ministerium hat von Fall zu Fall entschieden, je nach Lage der Verhältnisse. In großen Gemeinden hat es die Wahl von Sozialdemokraten bestätigt, in kleineren Gemeinden aber die Bestätigung versagt. Von einem grundsätzlichen Ausschluß der Sozialdemokraten als Bürgermeister und Beigeordnete war jedoch keine Rede. Die früheren Minister hatten also, so schloß Segig, jedenfalls vor der Verfassung mehr Achtung und Respekt als die jetzigen. (Sturm. Sehr richtig! links.) Vizepräsident Frank erwiderte, es sei nicht zulässig, wenn auch auf indirektem Wege, einem Minister die abschließliche Mißachtung der Verfassung vorzuwerfen. (Großer Widerspruch links.) Segig: Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister ein glatter Verfassungsbruch ist. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Frank, der sich kaum Gehör verschaffen konnte, erklärte, er rufe den Redner abermals zur Ordnung, denn sein Verhalten verstoße gegen die Ordnung des Hauses. (Entrüstung links. Rufe: Schmarren! Feuerwehr! Andauernder Lärm.) Segig verlas nunmehr die entsprechenden Verfassungsbestimmungen. Er wiederholte, daß die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister ein glatter Verfassungsbruch sei. (Anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten; große Bewegung.) Vizepräsident Frank: Ich muß nunmehr dem Redner das Wort entziehen. (Entrüstete Rufe bei den Sozialdemokraten: Unerhört! Schugmann!) Vizepräsident Frank: So kann man die Verhandlungen nicht weiterführen. (Rufe links: Wo ist der Leunant?! U. v. v. Vollmar (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich will in aller Ruhe dem Präsidenten beweisen, daß er im Unrecht ist. Wir sind hier als Volksvertreter und haben das Recht, Beschwerden gegen die Regierung vorzubringen, und wenn wir finden, daß die Regierung sich mit Gesetz und Verfassung in Widerspruch gesetzt hat, so müssen wir das auch sagen dürfen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich würde den Präsidenten bitten, sich die Sache nochmals zu überlegen, und er wird einsehen, wie unrecht er hat. — Vizepräsident Frank machte geltend, daß das Wort „Verfassungsbruch“ in diesem Zusammenhange sicherlich nicht etwa bloß die objektive Tatsache einer Verfassungsverletzung enthalte, sondern die subjektive Absicht der Verletzung und Mißachtung der Verfassung ausdrücken sollte. (Sturm. Mißgerufe links: Zu solcher Unterscheidung fehlt Ihnen ja die Intelligenz!) Im übrigen, schloß Frank, könne an das Haus appelliert werden. Abgeordneter Süßheim (Soz.): Es ist eine unerbittliche Zumutung des Präsidenten, vom Kollegen Segig zu verlangen, daß er erklärt, wie er seinen Anspruch gemeint hat. Wenn wir der Überzeugung sind, daß eine Maßnahme der Regierung eine Verletzung der Verfassung darstellt, so ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Volksvertreter, das auch zum Ausdruck zu bringen. Die Nichtbestätigung von Sozialdemokraten als Bürgermeister ist eine Maßnahme, die im glatten Widerspruch steht mit den Bestimmungen und dem Geiste der Verfassung. Wir haben die Verpflichtung und es ist unser gutes Recht, dies zum Ausdruck zu bringen und werden uns in diesem Recht nicht irre machen lassen, sobald ein Minister die Verfassung bricht. Ich nehme den Ausdruck des Kollegen Segig auf und wiederhole ihn unter der vollen Zustimmung meiner ganzen Fraktion. (Stürmisches Bravo! links.) Vizepräsident Frank rief nunmehr auch Süßheim zur Ordnung. (Lärm links.) Segig verlangte nun Abstimmung über die Berechtigung des Ordnungsrufes und der Wortentziehung. Vizepräsident Frank: Das ist der ordnungsmäßige Weg, den auch ich für das Allerbeste halte.

Es folgte die Abstimmung, deren Resultat vom Präsidenten für zweifelhaft erklärt wurde; aber es schien unzweifelhaft, daß bei der schwachen Besetzung der rechten Seite des Hauses die Linke die Mehrheit hatte. Vizepräsident Frank proklamierte nun namentliche Abstimmung, um Zeit zu gewinnen, schwarze Hilfsgruppen aus den umliegenden Rneipen herbeizuholen. Das Resultat war schließlich, daß das Haus mit 54 Stimmen der Rechten gegen 42 Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen das Vorgehen des Präsidenten billigte, sodas dem sozialdemokratischen Redner das Wort entzogen blieb. Die Sitzung wurde nach einigen weiteren Reden zur Sache unter großer Bewegung geschlossen.

**Schmerzen der Imperialisten.**

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Kriegsrüstungsinteressenten, beschäftigt sich auch mit dem Geburtenrückgang in Deutschland und bemerkt als Polemik gegen die „Nordb. Allgem. Zeitung“, die in ihrem letzten Wochenrückblick diese Frage behandelte:

„Unter den gemeinhin vorgeschlagenen Rezepten nennt sie auch die „innere Kolonisation“. Ganz recht. Auffällig aber — oder nicht auffällig? — daß unser halbamtliches Blatt die äußere Kolonisation vergißt. Es ist doch kein Zufall, daß seit den Tagen der alten Hellenen es gerade die lebenskräftigsten Völker gewesen sind, welche in Auswanderung und Kolonisation die Herrschaft ihrer Rasse ausgeübt haben. Und immer sind es die Staaten mit starker Auswanderung gewesen, welche (das unglückliche Irland ausgenommen) einen großen Überschuß der Geburten über die Gestorbenen nachweisen, weil eben das Verjaern der verbleibenden Bevölkerung größeren Spielraum für Wirtschaft und Erwerb gelassen und dadurch die Ehefrequenz gesteigert hat. Sobald die Jungmannschaft, der die heimische Scholle zu eng geworden, in der Fremde sich eine neue Heimat in bleibender Verbindung mit dem Mutterlande errungen hatte, war auch für die Herrschaft des Mutterstaates neue Erde gewonnen. So sind die Engländer in der Neuzeit bewußt und am erfolgreichsten vorgegangen. Wir Deutschen sind, weil wir der starken staatlichen Zentralgewalt ermangelten, bei der Teilung der Erde zuspätkommen und unsere Auswandererscharen sind, seit den 13 Kreisländer Familien 1883 in Nordamerika, größtenteils als „Kulturbürger“ für fremdstaatliche Herren verbraucht worden. Und wenn in erster Stunde uns eine merkwürdige Schicksalsgnade nochmals die Erwerbsmöglichkeit einer eigenen großen Siedlungskolonie vor Augen zauberte, Marokko im vorigen Sommer, so hat die Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit leitender Stellen die seltene Günstigkeit verschert. Ob darum die auswärtige Kolonisation für die „Norddeutsche Allgemeine“ ein heißes Eisen ist? Die deutsche Erde ist für den Nachwuchs ihrer Söhne zu klein geworden. Alle Branchen des Erwerbs, des privaten und öffentlichen Dienstes sind überfüllt. Mit Sorgen blickten kinderreiche Familienväter, die ihre Sprößlinge nicht unter den eigenen Lebensstandards sinken sehen wollten, in die Zukunft. Da braucht es Neuland, und dann wird bald auch die Klage über den Geburtenschwund ihre Berechtigung verloren haben!“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erweckt hier den Schein, als ob ihr das Volkswohl so sehr am Herzen liege. Und doch vertritt sie nur das Interesse der Panzerplattenfabrikanten und Schloßbarone, die bei einem ernsten Konflikt wegen Marokko ihren Vorteil gehabt hätten; denn das Blatt hütet sich, für die von der Sozialdemokratie erhobenen Kulturforderungen einzutreten, durch die die Sorge um das Volkswohl behoben werden könnte.

#### Germanisierung im Osten.

Die „Post“ klagt, daß eine der schönsten Herrschaften Pommerens, die im Zwangsverkauf befindliche Herrschaft Rassenheide bei Stettin, bisher dem verstorbenen Grafen von Arnim-Schlagenthin, dem alternächsten Verwandten des Fürsten Bismarck gehörig, etwa 16 000 Morgen groß, aus sechs Rittergütern bestehend, demnächst in polnische Hände übergehen wird. Die Hypothekengläubiger dieser Herrschaft, welche daran mit weit über 4 Mill. Mk. beteiligt sind, schlossen mit einem polnischen Konjunktum einen notariellen Vertrag dahin ab, daß einer der hauptbeteiligten Gläubiger die Herrschaft in der Subhastation meistbietend erwirbt, um gleich darauf dem polnischen Konjunktum den Zuschlag zu überlassen.

Später wird sicher die Germanisierungskommission kommen, um sie mit hohem Aufschlag und mit den Millionen des preussischen Staates zurückzukaufen. Und so etwas nennt man dann Germanisierungspolitik.

#### Aus dem elsass-lothringischen Parlament.

Der elsass-lothringische Landtag wird Ende der Woche in Ferien gehen, die bis Januar 1913 dauern. Nachdem die neue Lehrer- und Beamtenbesoldungsvorlage für dieses Jahr durch Regierung und Zentrum um die Ecke gebracht worden sind, wird sich der Landtag nur noch mit der Steuerreform beschäftigen. In der letzten Sitzung nahm die zweite Kammer eine Mutationssteuer an, um der Ausbeutung der Bodenschätze durch internationale Bohrergesellschaften eine Schranke zu setzen. Elsass-Lothringen ist im Deutschen Reich der einzige Staat, indem die Bergfreiheit noch existiert. Würde das Reichsland seine Bergwerke so verwalten wie Luxemburg oder Baden, so könnte es jährlich 26 Millionen Mark aus den Bergwerken heraus schlagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert. Zeutrümmer und Liberale lehnten den sozialdemokratischen Vorschlag ab und einigten sich auf eine Mutationssteuer, bis ein neues Berggesetz geschaffen ist. Nach dem geplanten Berggesetz soll für die Konzession pro Hektar 5 Mk. berechnet und eine Beteiligung des Staates am Reingewinn in Höhe von 12 Prozent vorgezogen sein.

Die von der Regierung vorgeschlagene stärkere Heranziehung der größeren Städte zu den Kosten der Polizeiverwaltung wurde abgelehnt. Dagegen aber wurde die Regierung angefordert, einen Gesetzesentwurf einzubringen, der den Städten Straßburg, Metz und Nancy die Ausübung der Polizeigewalt übergibt, trotzdem die Regierung erklären ließ, daß ein solcher Gesetzesentwurf für sie außerhalb der Befähigungen von Straßburg und Metz undiskutabel sei. Als das Haus trotzdem bei seiner Forderung blieb, ließ die Regierung erklären, daß sie ihrem Entwurf über die Erhöhung der Polizeikosten für die großen Städte keinen Wert mehr beimesse. Ein allseitiges Fächeln qualifizierte diese konsequente Haltung der Regierung. Das Diätengesetz wurde angenommen mit der Änderung, daß die Herren der Ersten Kammer statt der geforderten 1500 Mk. nur 1250 Mk. erhalten.

#### Ministerialerlaß gegen die Zigeuner.

Die preussische Regierung hat offiziell den Kampf gegen die Zigeuner aufgenommen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet: „Die Bekämpfung der Zigeunerplage ist jetzt auf Anordnung des Ministers des Innern für Preußen durch einheitliche Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten erfolgt. Daraus ist Zigeunern und noch Zigeunerart umherziehenden Personen das Zusammenreißen in Herden auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verboten. Als Herde gilt eine Vereinigung mehrerer Familien oder eine Vereinigung einzelner Personen mit einer Familie, zu der sie nicht gehören, es sei denn, daß es sich um Personen handelt, deren Mitführung durch Vermerk in einem Wanderpassbuche ausdrücklich erlaubt ist. Zusammen-

handlungen sollen mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Die Regierungen der übrigen Bundesstaaten beabsichtigen Verordnungen gleichen Inhalts zu erlassen. Damit wird ein einheitliches Vorgehen gegen das Zigeunerunwesen für das ganze Reichsgebiet gesichert.“

#### Osterreich-Ungarn.

**Die Reaktion in Ungarn.** Aus Budapest wird uns berichtet: Das ungarische Oberhaus hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, die nur eine Stunde dauerte, in der aber die Magnaten 34 (!) Gesetze erließen, darunter auch das Rekrutengesetz. Am heutigen Donnerstag hält der Reichstag seine letzte Sitzung ab. Er wird sich bis zum 17. September verlagern. Das Gericht hat am Mittwoch verfügt, daß der Abgeordnete Kovacs, der auf den Präsidenten geschossen hat, vom Sanatorium ins Gefängnis-Spital überführt wird. Sein Rechtsbeistand erhob hiergegen Einspruch. Wenn jedoch das Obergericht das Urteil nicht kassiert, so steht die Überführung schon in den nächsten Tagen bevor. Unser Budapester Parteiblatt, die „Nepzava“, wurde am Mittwoch wieder konfisziert, angeblich wegen Majestätsbeleidigung und Mißachtung der Verfassung. Der Bürgermeister der Hauptstadt hat der Zeitung das Kolportagerrecht entzogen. Die Partei ließ sofort riesige Plakate machen und, da in Budapest das alleinige Recht zum Plakatankleben die Stadtermaltung besitzt, die Plakate den Beamten der betr. Abteilung zur Plakatierung übergeben. Diese Behörde schickte aber die Plakate zurück, angeblich, weil auf den Plakatsäulen kein Platz dazu sei. Unsere Genossen gaben sich damit nicht zufrieden und verlangten, daß die Plakate am Donnerstag oder Freitag angeklebt würden; jedoch die Herren verweigerten das Ankleben der Plakate. Laut einer Verordnung des Handelsministers als Chef der ungarischen Staatsbahnen wurde unser Parteiorgan auch von sämtlichen Bahnhöfen des Landes ausgeschlossen, d. h. das Blatt darf auf den Bahnhöfen nicht mehr an Reisende verkauft werden. Am Sonntag findet wieder eine große Anzahl von Versammlungen statt. Laut Erlaß des Landesverteidigungsministers werden, am 1. ds. Mts. beginnend, vorläufig 3000 Soldaten dem Polizeidienst im Lande zugeteilt. Ein weiteres Regiment Infanterie soll nach Budapest dirigiert werden, angeblich, um die Urlauber zu erfassen, in Wirklichkeit aber, um das Volk im Zaun zu halten.

Ein jugendes Parlament. Das österreichische Abgeordnetenhaus hat das Wehrgesetz in allen Lesungen angenommen und die zweite Lesung der Landwehrvorlage begonnen.

#### Rußland.

**Das Senatsbad.** Der Senator Manuchin konstatierte bei der begonnenen Revision des Lenablutbades, daß 83 Prozent der Schulden und der Toten sich im Rücken und auf der Seite befinden. Gleichzeitig beschworen Augenzeugen, daß der Rittmeister Treshchenko mehrere Salven auf die gefallenen Arbeiter abgeben ließ. Diese Tatsache hat große Erregung im Publikum hervorgerufen.

#### Türkei.

**Der Raubkrieg.** In einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ in Konstantinopel äußerte sich der Kriegsminister Schewket Pascha über die Meuterei in Albanien und über die Freizugsfrage. Der Minister sagte u. a.: Im ganzen meuterten in Albanien 12 Offiziere und 71 Mann. Die Offiziere haben offenbar unter dem Einfluß der nordalbanischen Propaganda die Soldaten durch die Behauptung verführt, daß die Regierung die europäische Türkei einer fremden Macht verkauft habe. Das Gerücht über eine Meuterei bei der Dardanellen-Flotte sei vollständig unbegründet. Der Gedanke des Tanin, die von den Italienern besetzten Küstenorte von Tripolis und der Cyrenaika den Italienern zu überlassen, sei eine Privatmeldung des Blattes. Die Türkei könne die Souveränität von Tripolis niemals preisgeben, weil dies eine Revolution hervorrufen würde, die für den Frieden Europas noch schrecklichere Folgen hätte als der bisherige Krieg.

#### China.

**Die Republik in den Händen der internationalen Finanzwucherer.** Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß das chinesische Anleiheprojekt, über das seit Monaten zwischen den chinesischen Unterhändlern auf der einen und dem von den Regierungen unterstützten internationalen Bankenkonzern auf der anderen Seite geschachert wurde, zustande gekommen und in Paris unterzeichnet worden sei. Über den Inhalt des Abkommens erfährt man nichts Näheres, nur das eine ging aus den dürftigen Veröffentlichungen hervor, daß die Finanzlöwen mit gütiger Hilfe ihrer Regierungen drauf und dran waren, das himmlische Reich ganz unverschämt zu beganzern. Während nach einer Meldung des Reuters-Bureaus das Abkommen im allgemeinen dahin geht, China gegen sechzig Millionen Pfund Sterling zu leihen, unterliegt es der Wahl der Bankgruppen, zu bestimmen, wann und in welcher Weise diese Summe vorgestreckt werden soll, und die Gruppen sind nicht verpflichtet, diese Summe vorzustrecken, wenn nicht die Lage Chinas nach Ansicht der Banken für einen solchen Schritt die nötigen Bürgschaften bietet. Die bereits gegebenen Bürgschaften sollen aus der Anleihe zurückgezahlt werden. Die Anleihe wird sich voraussichtlich auf einen Zeitraum von fünf Jahren verteilen. Darüber, ob der Abschluß der Anleihe etwa von der Befriedigung des russischen und japanischen Heißhungeres auf die Mongolei und Mandchurie abhängig gemacht worden ist, eine Frage, um die sich die Verhandlungen von Anfang an drehten, schweigt man sich völlig aus. Nach dem obenerwähnten Telegramm des Reuters-Bureaus nimmt das Abkommen dank der Sorge, jedes politische Element fernzuhalten, keinen Bezug auf die russischen und japanischen „Sonderinteressen“. Während auf der einen Seite erklärt wurde, daß die Forderungen, die Rußland und Japan erhoben, als sie die Aufforderung zur Teilnahme an der Anleihe annahmen, noch aufrecht

erhalten werden, werde von anderer Seite angebeutet, daß sie von den andern Mächten nicht angenommen und in der Folge als Ergebnis eines Kompromisses zurückgezogen worden seien. Welche Erklärung auch richtig sein möge, soviel steht aber fest, daß in dem Pariser Anleiheabkommen auf politische Sonderinteressen irgendeiner beteiligten Macht kein Bezug genommen wurde. Das bedeutet mit andern Worten, daß die beiden Antipoden von 1904 zum mindesten von den andern Großmächten nicht daran gehindert werden, jetzt ihre Raubgelleste gemeinschaftlich zu befriedigen. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß die Regierung der chinesischen Republik sich weigert, den Bedingungen der sogenannten Sechsmächtegruppe zuzustimmen. Wie der „New York Herald“ meldet, haben sowohl der Premierminister wie auch der Finanzminister erklärt, daß die Annahme der vorgeschlagenen Bedingungen nicht nur den Sturz der Minister, sondern auch die Loslösung von den Sübprovinzen bedeuten würde. Die Chinesen sagen, daß, wenn die sechs Mächte Gewicht darauf legen, daß der Vorschlag angenommen wird, sie eine Änderung daran vornehmen müßten, andernfalls sie sich das Geld anderweitig beschaffen würden. Das Staatsdepartement in Washington erfährt, daß China die Sechsmächte-Anleihe wahrscheinlich wegen der Forderung ausländischer Kontrolle der Ausgaben abgelehnt habe. Auch der Vorschlag einer ausländischen Verwaltung des Salzmonopols sei abgelehnt worden. Die Frage ist nur, ob die Weigerung der chinesischen Regierung etwas nützt. Es erscheint so gut wie ausgeschlossen, daß sie imstande ist, das Geld, das sie, wie die Truppenmeutereien in verschiedenen Orten zeigen, dringend braucht, sich auf anderem Wege zu verschaffen. Dazu haben die internationalen Finanzlöwen die Schlingen zu fein gelegt. Die Republik wird sich noch eine Weile abzappeln und zu guter Letzt doch noch der Räuberbande sich ausliefern müssen.

### Unsere gesegneten Kolonialbesitzungen.

Das amtliche Kolonialblatt stellt fest, daß im Jahre 1911 in Deutsch-Südwestafrika sich ein Farmer angeeignet hat.

Dattelbäume wuchsen aus dem Dreck im Handumdrehen, Diamanten kinderkopfgroß lagen nur so herum, Vieh ließ sich dort zu Millionen züchten, Baumwolle wuchs gleich halbenweise, Tabak beinahe schon fertig gerollt zum abschneiden — es war doch eine schöne Zeit um die Kolonialbesitzungen.

Heute sieht man die Dinge wesentlich kritischer an, leicht gemacht wird dies durch die Behörden allerdings nicht. Dafür heute nur ein interessantes Beispiel. Die Kulturrentwicklung unserer Kolonien ist abhängig von der Zahl der darin tätigen Weißen. Wieviel Weiße leben in den deutschen Schutzgebieten? Die amtliche Statistik sagt dazu, Ende 1910 insgesamt in allen deutschen Kolonien 20 074, Ende 1911 15 933 mehr. Nebenbei bemerkt, auf das Königreich Sachsen umgerechnet, ergibt das eine Bevölkerungs„dichtigkeit“ von 79 Personen, zu denen 1911 noch eine zugestoßen ist! Nun hat aber die ganze amtliche Einwohnerstatistik eine recht originelle Lücke.

Unter den 20074 Weißen, die es 1910 in den deutschen Kolonien gab, sind auch sämtliche weißen Polizeibeamten, alle Schutztruppenmannschaften, und die in den Schutzgebieten angestellten Beamten mitgezählt! Allein Polizei und Schutztruppe macht 5 965 Personen aus, vom Rest der übrigen „Zivil“weißen muß dann noch die ganz erhebliche Ziffer der Beamten abgezogen werden, erst dann ist erkennbar, wieviel Weiße das ganze deutsche Riesenzooanbaugebiet — „bevölkern“.

Der Zuwachs von 1911 — 1593 Personen — ist natürlich unter denselben Gesichtspunkten zu betrachten!

Von den einzelnen deutschen Kolonien nimmt naturgemäß Deutsch-Südwestafrika das größte Interesse für sich in Anspruch. Unter den rund 1300 weißen Einwohnern, wie sie Ende 1911 gezählt wurden, sind allein 25 Prozent Schutztruppeler und Polizeibeamte. Der Jahreszuwachs von 1911 beträgt 1027 Personen. Darunter sind einmal Schutztruppenmannschaften und Polizeibeamte, des weiteren 89 andere Beamte, außerdem rund 300 Familienangehörige, die auf Kosten der deutschen Kolonialgesellschaft zu ihrem Ernährer reifen. Darunter auch 99 Dienstmädchen. Den eigentlich wirtschaftlichen Zuwachs stellt 1 Farmer dar, der sich in Südwestafrika im Jahre 1911 angesiedelt hat!!

Ohne die Schutztruppe, die Polizei und die Beamten, von denen die ganze weiße Bevölkerung in den Kolonialhauptplätzen ausschließlich lebt, wäre Südwestafrika, die herrlichste deutsche Ertragsquelle, einfach öde Wüste, die nur von einigen Diamantengesellschaften hin und wieder abgesehen wird.

Eisenbahnen besitzen die Kolonien jetzt 2 126 Kilometer, ihr Personal, soweit es weiß ist, zählt natürlich auch als Bevölkerung.

Die Zahl der Farmen betrug am 1. April 1911 — dem amtlichen Zählertermin — in ganz Südwestafrika 1 141. Dazu kam dann der eine Eingewanderte! Von den 1141 Farmen, die in Privatbesitz sind, wurden 1911 insgesamt 116 verkauft und 56 verpachtet. Unbewirtschaftet waren 146 Farmen. Noch nicht bewirtschaftet 16. So steht es in der bedeutendsten deutschen Kolonie aus!

Interessant ist auch, nachzuprüfen, aus welcherlei Einnahmen sich die Steuerkasse Südwestafrikas füllt. Da haben wir eine Spirituosen-, Schenk- und Handelssteuer, eine Brantweinsteuer, eine Biersteuer und eine — Hundsteuer. Diese Steuern sollen nach dem Etatentwurf 1911 zusammen 435 000 Mk. einbringen, die übrigen Steuern — Grundsteuer und Umsatzsteuer — dazu noch 346 000 Mk. Das ist alles.

Hoffentlich pflanzt der jetzige Kolonialsekretär den einen Farmer nicht so gut ein, wie Dernburg die angeblich verlorenen Dattelkisten — im übrigen: es ist was Herrliches um unser Deutsch-Südwestafrika! Hurra! Hurra! Hurra!

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. Juni.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am kommenden Dienstag abend 6 Uhr stattfinden, hat folgende umfangreiche Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl eines Protokollführers der Bürgerschaft. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Änderungen der Pläne für die Erweiterung des Allgemeinen Krankenhauses sowie Vermittlung von 23 370 Mk. für Verbesserung der Betriebsrichtungen. 2. Beschaffung neuer Betriebsmittel für die Straßenbahn. 3. Bauliche Erschließung von Ländereien in der Gemeinde Fraisdorf. 4. Kaufangebot des Kaufmanns Julius Gieseler für das Grundstück Braumstraße Nr. 32. 5. Erlass eines vierten Nachtrages zu dem Besche vom 19. Februar 1896, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Luftbarkeiten. 6. Nachtrag zum Schankergewerbegesetz. 7. Abänderung des Befoldungsatzes für die Beamten der lübeckischen Polizeiverwaltung. 8. Revision des Gesetzes vom 5. Dezbr. 1906, betr. die Erhebung von Siedelabgaben von den Grundstücken des Strandgebietes Travemünde. 9. Aderweilige Einführung der Schützenstraße in die Zufahrtsstraße zum Güterbahnhofe. 10. Herstellung eines Spielplatzes bei der Gastion Buniamshof. 11. Ausbau der verlängerten Brodesstraße. 12. Ausführung des Radfahrweges in der Brandenbaumer Chaussee. 13. Drucklegung des dritten Bandes des Inventars der lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler. 14. Bewilligung von 19 630 Mk. für die Ausführung von Arbeiten beim Neubau der Heilanstalt Strecknitz. 15. Vornahme einer Altersunterstützung an den Maschinisten J. R. Chr. Stübe. 16. Neupflasterung der Kronsförder Allee von der Geniner Straße bis zur Kahlhorststraße. 17. Errichtung einer achten Gerichtsvollzieherstelle. 18. Aufhebung der Kautionspflicht der Beamten des Gerichtsvollzieheramts. 19. Erlass eines neuen Einkommensteuergesetzes. 20. Verbesserung der Anlegestelle an der Südermole in Travemünde. Teil des Antrages betreffend Verbesserung der Fährverbindung nach dem Brinow. IV. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Frage, ob und in welchem Umfang die Bürgerschaft eine Revision des Gesetzes vom 19. September 1898, betreffend Anlegung von Mängelgeld, für erforderlich hält. V. Bericht der Kommission zur Prüfung der Frage der Einführung von Zeitkarten für die Straßenbahn. VI. Von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß überwiesener und von letzterem dem Senate nicht entgegengebrachter Antrag von Dühring: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, zu prüfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, nunmehr Pflichtfortbildungskursen auch für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge einzuführen. Hierzu: Resolution einer vom Lüb. Lehrerinnenverein und anderen Vereinen einberufenen Versammlung. VII. Antrag von Böbe: Die Bürgerschaft wolle dem Senat ersuchen, den § 2 des Gesetzes, den Bebauungsplan für die Vorstädte der Stadt Lübeck betreffend, einer Revision unterziehen zu lassen.

Der Siedenschlaffertag haben wir heute, am 27. Juni, strahlender Sonnenschein lacht vom Firmament. Nach einer alten Bauernregel soll sich das Wetter, wie es am Siedenschlaffertag ist, auch in den nächsten sieben Wochen gestalten. Obwohl längst wissenschaftlich festgestellt, daß diese Annahme durchaus keine Berechtigung hat, hält der Volksglaube doch noch vielfach an der alten Bauernregel fest.

R. Sperlings im Familienbad. Kommt man in die Anlagen hinter dem Burgtor, zu den idyllisch gelegenen Teichen, umrahmt von einem Kranze blauer und gelber Lilien und dem Gehänge der Trauerweiden, so kann man ein interessantes Schauspiel beobachten. Wie sich jeder Mensch in diesen heißen Tagen nach einem erfrischenden Bade sehnt, so empfinden auch die Vögel das Bad als eine Wohltat. Besonders die Sperlinge kommen dort scharenweise angefliegen und lassen sich am Rande des Teiches nieder. „Er“ und „Sie“ mit sämtlichen Familienmitgliedern tauchen nicht nur die Füße und Flügel in das Wasser, sondern plätschern solange in dem molidigen Naß, bis ihr Gefieder ganz und gar durchnäßt ist, sodaß sie kaum weiter fliegen können. Sie lassen sich dann auf einen in der Nähe liegenden Strauch nieder, fliegen aber wieder, sobald ihre Federn einigermaßen trocken geworden sind, zu der Stelle zurück und baden sich von neuem. Zur Abwechslung nehmen sie auch einmal ein Sandbad. Manche der waghalsigen Sperlinge setzen sich sogar auf die glühenden Herdosen und lassen sich von den leichten Wellen schäuteln. Das betam aber einem besonders waghalsigen Grausack schlecht. Er war nämlich derartig naß geworden, daß er sich kaum wieder erheben konnte, und als er es denn doch versuchte, fiel er in das Wasser und ertrank. Vielleicht ist er auch an Herzschlag gestorben, wie es so oft beim Baden vorkommt.

Der Besuch des Luftschiffes „Victoria Luise“ am kommenden Sonntag ist, wie uns mitgeteilt wird, nach den letzten Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und Herrn Möller wie folgt festgelegt worden. Das Luftschiff verläßt Hamburg morgens 6½ Uhr und landet um etwa 8 Uhr in Lübeck auf dem Landungsplatz des Lübecker Vereins für Luftfahrt an der Fraisdorfer Allee. (In Travemünde findet keine Landung statt). Um 9 Uhr wird das Luftschiff wieder zu einer Fahrt von mindestens einstündiger Dauer aufsteigen und nach Beendigung derselben zum zweiten Male wieder auf dem gleichen Platze landen. Der Wiederaufstieg zur Begleitung der Regatta und Seefahrt bis nach Fehmarn erfolgt zwischen 10½ und 11 Uhr vormittags. Die Abfahrt des Luftschiffes von Hamburg wird durch zwei Böllerschüsse aus den Hochwasserkanonnen angezeigt, so daß dem Lübecker Publikum hinreichend Zeit bleibt, sich nach dem Landungsplatz an der Fraisdorfer Allee zu begeben. Das Eintrittsgeld wird äußerst billig, und zwar mit 50 Pfg. bemessen werden. Diejenigen, welche das Luftschiff aus nächster Nähe bestaunen wollen, haben Zutritt in den inneren Raum gegen Lösung einer Eintrittskarte von 1 Mk. Für Lübecks Bevölkerung steht somit am Sonntag ein hochinteressanter Tag bevor, und das geringe Eintrittsgeld dürfte es jedem erndiglich, dem stets spannenden Moment, der Landung und dem Wiederaufstieg des Luftschiffes, in geringerer Entfernung beizuwohnen.

Die Baubude beschlen. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde aus einer Baubude beim Neubau in der Moislinger Heimstätten-Kolonie Zimmererwerkzeug im Werte von 30 Mk. gestohlen.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden eine Kontoristin aus Hamburg wegen Diebstahls. Ferner ein Agent von hier, weil er sich in betrügerischer Weise größeren Waren erschwindelt hat. Letzterer hatte bei auswärtigen Firmen Waren für hiesige Krämer bestellt und letztere bei Ankunft der Waren veranlaßt, die Fracht einzulösen und das Rollgeld zu bezahlen. Er hat die Waren dann nicht an die Krämer abgeliefert, sondern in seinen Besitz gebracht.

pb. Fahrraddiebstahl. Von dem Fium eines Hauses in der Bahmstraße ist am 25. d. Mts. ein Fahrrad, Marke „Ader“, gestohlen worden. Das Fahrrad führt die Nummer 2903, es hat schwarzes Gestell und Felgen, neue Pedale und ist ohne Schutzbleche.

Öffentliche Trinksprüche. Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 28. d. Mts., abends 6-7 Uhr.

Stückeldorf. Achtung Parteigenossinnen. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stückeldorf tagt für die weiblichen Mitglieder heute, Donnerstag abend, bei Baetau. Pflicht der Genossinnen ist es, zahlreich zu erscheinen. Die Vertrauensperson.

Hamburg. Ein Kind durch den Leichtsinn eines Autofexen getötet. Der jugendliche Sohn einer Familie aus „besseren Kreisen“ benutzte die Abwesenheit seines zurzeit auf Reisen befindlichen Vaters, um mit dessen Privatautomobil Vergnügungsfahrten zu machen. Der junge Mann, der weder im Besitze eines Führerscheines noch genügender Ortskenntnis ist, fuhr mit dem Auto, in dem er sowie ein Freund und zwei Säuglinge mitgenommen hatten, durch die Straßen, ohne sich viel um andere Fuhrwerke oder Passanten zu kümmern. In der Altonaerstraße fuhr er den dort wohnenden fährigen Schulknaben Gibeau über den Haufen und verletzte ihn so schwer, daß der Knabe schon auf dem Wege ins Freiambulantenhaus starb. Die Menge, die Zeuge des Unfalls war und die leichtsinnige Fahrerei des jugendlichen Automobilführers gesehen hatte, stürmte auf den Burschen ein und verprügelte ihn furchtbar. Erst als ein Schuhmann auf der Bildfläche erschien, wurde der frivole Bursche, dessen Namen die Polizei leider geheim hält, aus den Händen der Menge befreit.

Grevesmühlen. Zum Stichwahlkampf in Hagenow-Grevesmühlen. Die sozialdemokratische Parteileitung des Wahlkreises hat bekanntlich an die Parteigenossen die Parole ausgegeben, ihre Stimme am Freitag dem liberalen Kandidaten Stokovich zu geben. Trotzdem versandte das Wahlkomitee der Konservativen und des Bundes der Landwirte ein „ganz vertrauliches Zirkular“, in dem es heißt:

„Im Auftrage des Wahlvorstandes der Konservativen und des Bundes der Landwirte teilen wir Ihnen mit, daß unsere Sache durchaus noch nicht aussichtslos ist zur Stichwahl. Nach ganz sicherer Aussicht wird der Freisinn in der Stichwahl keinen Zuwachs an Stimmen erhalten, und da er nur 200 Stimmen mehr hat als Pauli, so sind diese leicht zu überholen.“

Wir bitten jeden einzelnen Vertrauensmann und Stellvertreter, jetzt unbedingt seine Pflicht zu tun, und seinen ganzen Einfluß bei der Stichwahl am 28. Juni einzusetzen. Es muß jeder für uns sicherer Mann an die Urne gebracht werden, und sollte es selbst mit Wagen sein müssen, ihn vom Felde zu holen. Die Unkosten werden erlegt.“

Zur selben Zeit, wo der Leiter des konservativen Wahlbureaus, Herr Stange, dieses Schreiben an die konservativen Vertrauensmänner verschickte, und der Freisinn in der Stichwahl keinen Zuwachs bekommen würde — wie das „Berl. Tageblatt“ feststellt — von demselben Herrn Stange ein konservatives Flugblatt verbreitet, in dem es u. a. heißt: „Der liberale Kandidat, Oberlehrer Hans Stokovich, sei der Vertreter des freisinnig-sozialdemokratischen Schug- und Trugbündnisses!“ — Ist das nicht politische Heuchelei im höchsten Grade?!

Lübeck. Das ersoffene Kalibergwerk. Der Wassereinbruch in das Kalibergwerk von Jessenitz, wie sich gestern zeigte, noch nicht zum Stillstand gekommen. Aber Nacht ist die Waage im Schacht noch um vier Meter gestiegen, so daß sich der Wasserpiegel jetzt nur noch 36 Meter unter der Erdoberfläche befindet. Eine vom Ministerium in Schwerin entsandte Untersuchungskommission hat auch nicht mehr tun können, als feststellen, daß die Jessenitzer Zeche endgültig erschossen ist. Es besteht vorläufig gar keine Hoffnung, daß der Salzabbau hier jemals wieder aufgenommen werden kann. Das Werk ist einer Katastrophe zum Opfer gefallen, wie sie sich leider in jedem Kalibergwerk ereignen kann. Die Salze haben sich durch die Jahrmillionen, die seit ihrer Bildung vergangen sind, nur dadurch im Schoße der Erde erhalten können, daß undurchlässige Gipschichten sie von dem Grundwasser abschneiden. Durch die Erschütterung beim Abbau des Salzes, aber auch durch die unaufhörliche Spültätigkeit des Wassers in den Klüften des Gipses bricht solch eine Schuttwand einmal durch, und dann sickert das Wasser erst in ganz seinen Kanälen durch das poröse Salz, bis auf einmal der Einbruch gewaltig erfolgt. Schon vor vierzehn Tagen wurde festgestellt, daß in die Gruben Wasser sickere. Sofort wurde der Betrieb unter Tage eingestellt und der Behörde Mitteilung gemacht. Weiter wird gemeldet: Der See des Dorfes Probst-Jezar hat eine Senkung des Wasserpiegels von 30 Zentimeter erfahren. Es geht ein Riß vom Dorfe Probst-Jezar durch den See nach dem 2 Kilometer entfernten Dorfe Trebs. Auch Mittwoch noch senkte sich der Wasserpiegel des Sees, wenn auch sehr langsam. Wie man hört, beabsichtigt die Leitung des Werkes Jessenitz, auf dem Fabrikgelände eventuell eine Seifenfabrik zu errichten, um Arbeiter und Beamte in Lohn und Brot behalten zu können. Auf dem Jessenitzer Werk selbst ist merkwürdigerweise von dem geologischen Vorgang, der die ganze Umgebung erschüttert hat, nichts zu merken. Die Schornsteine tauchen nicht, die Räder des großen Förderturmes stehen still, aber die Linten aller Gebäude sind doch gerade, die Erde ruhig geblieben. Ganz anders sieht es dagegen auf „Friedrich Franz“ aus. Das große Maschinenhaus ist gänzlich verwüstet. Man sieht, daß das riesige Gebäude plötzlich einen furchtbaren Stoß bekommen hat. Alle Fensterscheiben sind geplatzt, das Dach zeigt eine Kurve. Furchtbare, zentimeterweit klaffende Risse laufen durch die Mauern. Unter einer Fensteröffnung ist ein viele Zentner schwerer Mauerblock schief hinweggesunken. Das Haus ist nicht mehr zu retten, es wird abgetragen werden müssen. Ein riesiger Schornstein steht daneben. Er ragt noch unverfehrt empor. Aber da die Erdbewegungen sicher noch nicht zu Ende sind, geht jeder in großem Bogen um den gefährlichen Burschen herum. Die ungeheuren Wassermassen, die den Schacht von Jessenitz angefüllt haben, sind der Umgebung entzogen worden. Fürchtbare Einbrüche waren die Folge. Vor dem Förderturme von „Friedrich Franz“ steckt ein Pfahl warnend im Boden. Die Zufahrtsstraße ist hier fast verunten; ein mehr als zwei Meter tiefes Loch mit schrägen Abhängen hat sich eingesenkt. Hinter dem Baum ist gar eine gewaltige Höhlung von fünf Meter Tiefe entstanden. Aus dem benachbarten See, dessen Spiegel um 30 Zentimeter gesunken ist, sind allein 8000 Kubikmeter Wasser in die Zeche eingedrungen. Mehrere hundert Meter weiter ist wieder ein Kartoffelacker eingesunken. Der Bauersmann, der gerade auf dem Felde war, als die Katastrophe eintrat, erzählt, daß ein dumpfer Knall erfolgte und der Boden plötzlich vor seinen Füßen versank. Im Dorfe Trebs steht man eine Scheune, die durch und durch gerüttelt worden ist. In dem harten Zementboden klafft eine Spalte, in die man die Hand hineinstecken kann. Der Bauer, dem das Grundstück gehört, lag gerade auf dem Sofa, als der Riß sich bildete, und er schildert den Vorgang so, daß die Mauern des Gebäudes wie bei einem Erdbeben hin und her schwanken. Er hörte ein Geräusch, dem ähnlich, wenn in der Ferne eine Kanone abgeschossen wird. Er wurde beinahe von seiner Lagerstätte heruntergeworfen. Die beiden Zechen sind hermetisch verschlossen. Niemand von den Arbeitern darf das Werk betreten.

Das Kalibergwerk Jessenitz hat einen Grundbesitz von insgesamt 121 Hektar, wovon die Erbpachtstelle Bergwerk Jessenitz 64, die an diese unmittelbar angrenzende Erbpachtstelle Trebs 28 Hektar und ein Grundstück in Mallis 27 Hektar groß ist. Der Schachtbau wurde zwar 1884 begonnen, aber erst im April 1901 beendet. Er hat eine Tiefe von 620 Metern. Ihm schließt sich ein Hilfschacht an, der die Lagerstätte um weitere 200 bis zu 800 Metern aufschließt. Der Bau wurde zuletzt in fünf Etagen geführt. Nach bergmännischer Berechnung enthält der zum Abbau bereitgestellte Teil der Lagerstätte etwa 250 Millionen Zentner Kalisalz. Bei 400 Metern sind die ersten Querschläge nach Osten und Westen aufzufahren. In westlicher Richtung traf man 17 Meter vom Schacht entfernt ein 30 Meter mächtiges Lager von rein weißem Carnallit an. Unter Tage hat das Werk eine Chlorkalium-Fabrik für 5000 Doppelzentner Tagesverarbeitung. In der Fabrik werden auch Sulfate und Blockferrit, Chlormagnesium und Bittersalz hergestellt. Mit der Fabrik ist eine Kohnsalzmühle von solchem Umfange vorhanden, daß gleichzeitig noch weitere 5000 Zentner pro Tag für landwirtschaftliche Verwendung vermehrt werden. Zum Werke gehören natürlich Häuser für Direktoren und Beamte und eine Arbeiterkolonie. Das Kapital beträgt eine Aktiengesellschaft, deren Kapital 5 Millionen Mark beträgt und die eine Anleihe von 2½ Millionen aufgenommen hat, wovon noch 2 190 000 Mk. im Umlauf sind. Die ebenfalls bedrohte „Gewerkschaft Friedrich Franz“ hatte bereits bei ihrem Schachtbau mit großen Wasserschwierigkeiten zu kämpfen. Obwohl der Bau bereits im April 1897 begonnen wurde, gelang der Wasserabschluß erst im Januar 1905. Im Mai 1906 war der Schachtbau beendet. Der Schacht steht bis 300 Meter in eiserner Kupelage, von da ab bis zur Endtiefe von 500 Metern in Mauerung. Zur Anlage gehört ebenfalls eine Sulfat- und Chlorkaliumfabrik. Das Kapital der Gewerkschaft beträgt 9 265 000 Mk., auch ist eine Anleihe von ebenfalls 2½ Millionen Mark aufgenommen. Das Kalibergwerk Jessenitz steht mit der Gewerkschaft Friedrich Franz in Interessengemeinschaft. Der Kurs der Aktien der Kalibergwerke bewegte sich noch vor kurzem um 105 Prozent herum. Gestern wurden sie bei starkem Angebot überhaupt nicht notiert; im freien Verkehr wurden Kurse von 11-8 Prozent genannt und hierin auch vereinzelte Abschlüsse getätigt. Auch die Obligationen sind bereits seit einiger Zeit gestiegen. Im letzten Jahre konnten die Werke 8 Prozent, im Vorjahre 6 Prozent Dividende ausschütten.

Sagenow. Ein Brautpaar erhängt. In den Zuchthaus Zellen wurde an einer Lanze ein Brautpaar erhängt aufgefunden. Beide Personen stammen aus dem Militärpostort. Der junge Mann genügte augenblicklich seiner Dienstpflicht beim Ludwigsflügel Dragonerregiment.

Rostock. Selbstmord des national-liberalen Parteisekretärs. Seit Dienstag wird der in Rostock wohnende national-liberale Parteisekretär für beide Mecklenburg, Hauptmann a. D. Erich Genz, vermisst. In einem auf der Warnow treibenden Boot fand man seinen Leichnam und Blutbesteckten Hut. Man glaubt, daß Genz Selbstmord begangen hat, da er seinen Revolver eingesteckt hatte.

Güstrow. Das Schwurgericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung in dem Strafprozeß gegen den Schiffer Heinrich Höpner und Gen. wegen Unbohrrens des Saugbagger „Viola“ den in Ribnitz geborenen Angeklagten Höpner zu 1 Jahr Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe und 2 Jahren Ehrverlust. Der Kaufmann und Frischhändler Franz Janzen aus Rostock, Eigentümer des Bagger „Viola“, der Höpner veranlaßt hat, das Schiff im November v. J. durch Unbohren zum Sinken zu bringen, um die Versicherungssumme in Höhe von 35 000 Mk. zu erhalten, wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 1200 Mk. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der wegen Beihilfe mittangeklagte Bootbauer Peter Stefens aus Warnemünde, geboren in Cuxhaven, wurde freigesprochen.

Wulfen. Familiendrama. Mittwoch morgen versuchte der hier wohnende Maler Grabowski seine Frau zu erschließen; er verletzte sie schwer, so daß sie ins Krankenhaus transportiert werden mußte. Kurz darauf erschloß Grabowski sich selbst. Das Motiv der Tat sollen Nachforschungen feststellen.

Bremen. Verdiente Prügel für den bremischen Liberalismus. Der bremische Liberalismus hat sich bekanntlich nicht nur begnügt, im schroffen Gegensatz zu allen liberalen Grundbügen in der Bürgerschaft den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts abzulehnen, er hat diese seine Haltung auch noch in dem Organ der bremischen Liberalen, der „Weser-Zeitung“ verteidigt lassen. Dafür wird ihm nun von der Reaktion die verdiente Züchtigung zuteil. Die Berliner Politischen Nachrichten schreiben höhnisch zu der Vergewaltigung liberaler Grundbügen durch die „Weser-Zeitung“:

Es ist nicht abzusehen, wie unter dem Gesichtspunkte des Wahlrechts ein Wesensunterschied zwischen dem preussischen und dem bremischen Staate gemacht werden solle. Preußen ist so gut wie Bremen ein deutscher Bundesstaat. Beide Staaten haben in wirtschaftlicher Hinsicht außerordentlich große Verantwortung zu tragen, in beiden Staaten steht und fällt die Existenz und das Wohlergehen einer sehr zahlreichen Arbeiterbevölkerung mit dem Blühen und Gedeihen von Handel und Wandel, in beiden Staaten sind für die große Mehrheit der Bevölkerung, Industrie und Export die unerlässlichen Lebens- und Existenzbedingungen. Ein Unterschied besteht allerdings insofern, als der bremische Staat im Gesamthaushalt des Deutschen Reichs von sehr viel geringerer Bedeutung ist als der preussische Staat mit seiner vielfach größeren Bevölkerung und mit der Stellung, die er an der Spitze der deutschen Bundesstaaten einnimmt. . . . Wenn also der bremische Liberalismus das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den bremischen Staat abgelehnt hat, so müßte der preussische Liberalismus für den preussischen Staat aus voller Überzeugung das selbe erst recht tun!

Die Fortschrittler im preussischen Landtag haben wiederholt den Antrag gestellt, das Reichstagswahlrecht für die preussischen Landtagswahlen einzuführen. Und sie behaupten, daß ihre Anträge ernst gemeint waren. Von dem verstorbenen Abgeordneten Träger, der früher diese Anträge wiederholt begründete, darf man auch ohne weiteres annehmen, daß er ehrlich bestrebt war, das schmähvolle preussische Wahlrecht zu brechen. Wie steht nun aber dieser Fortschritt da, wenn ihm jungerliche und kapitalistische Schatzmacher die Haltung des bremischen Liberalismus, wie hier geschehen, entgegenhalten können, wie stellt sich dieser Fortschritt zu der Charakterlosigkeit der „Weser-Zeitung“, deren hervorragendster Mitarbeiter der frühere fortschrittliche Vertreter Bremens im Reichstage, Hormann, ist? Entweder muß die fortschrittliche Partei die Bremen Liberalen rückwärts zurechtweisen, oder sie muß sich gefallen lassen, als mitläufig betrachtet zu werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sind die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Edwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- und  
Kommissionssitzungen**

**4. Distrikt.**  
Versammlung Freitag 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus. (1495)

**14. und 15. Distrikt.**  
Versammlung am Sonnabend,  
dem 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus. (1500)

**Sozialdemokratischer Verein**

Am Dienstag verstarb unser lang-  
jähriges Mitglied, der Schriftfeger  
**Johann Koch.**  
Selenenstraße 10.  
Seine feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag vormittag auf dem Burgtor-  
friedhof statt.  
Die Parteigenossen sammeln sich  
am 9 Uhr in „Luisenpark“.  
**Der Vorstand.**

Ein freundliches Logis zu ver-  
mieten (1443)  
Weißhofstraße 6. II.

Freundlich möbliertes heizbares  
Parterre-Zimmer zu vermieten  
(1492) Stadenstraße 11.

Zum 1. Juli  
Zwei-Stuben-Wohnung (Hinterh.)  
Bei St. Johannis 22. I.

Zum 1. Oktober (1482)

**2 Wohnungen zu verm.**  
Fremser Kamp 11.

Zu kaufen gesucht eine guterhalt.  
zusammenklappbare Sportfahre mit  
Gummi. (1494)  
Ang. m. Nr. u. RH an die Exp.

**Zwei große Myrtenbäume**  
zu verkaufen (1493)  
Bohnstraße 14. S. I.

Zu verkaufen brauner Eis- und  
Liegewagen mit Gummireifen  
(1459) Glandorfsstr. 17. p.

Ein fast neuer Sofa Tisch zu ver-  
kaufen (1457)  
Heinrichstraße 22. pt.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Mitgliedschaft Lübeck.

**Versammlung**

**jämmtlicher am Hafen  
beschäftigten Arbeiter**  
am Freitag, dem 28. Juni 1912

abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tages-Ordnung:**
1. Die Entscheidung des Gewerbegerichts betr. den Gas-  
kohlendampfer.
  2. Bericht der Lohnkommission.
  3. Innere Verbandsangelegenheiten.
- Da in dieser Versammlung außerordentlich wichtige Angelegenheiten er-  
ledigt werden müssen, ist das zahlreichste Erscheinen der Kollegen dringend  
notwendig.  
(1497)

**Der Vorstand.**  
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

**Gewerkschaftsfest Ahrensböf**

am Sonntag, d. 30. Juni 1912, im Gehölg Laugendamm.  
Mittags 1 1/2 Uhr:  
Empfang der auswärtigen Gäste mit Musik am Bahnhof.  
Punkt 2 Uhr: Feiern mit Musik durch den Fickler nach dem Festplatz.  
Auf dem Festplatz: Feiern, Gesang, Freischießen, Kegeln und Tanz.  
Um zahlreiche Beteiligung, auch von Seiten der auswärtigen Ge-  
werkschaften, ersucht  
(575)

**Das Komitee.**

Ein gebrauchtes altes Sofa billig  
zu verkaufen. (1488)  
W. Kapinos, Walfenhofstr. 26. I. 1.

Gutes Tischler- und Zimmerer-  
werkzeug, ein Leischin (9 mm) billig  
zu verkaufen nach 6 Uhr (1484)  
Al. Schranzen 12.

Guterhaltener blauer Kasten-  
Kinderwagen auf Räder, fast neu,  
zu verkaufen (1491)  
Maiblumenstraße 14. pt.

Zigarrengeschäft für Inventarwert  
abzugeben (1502) Engelsgr. 35.

Ein gut erhalt. grauer Sommer-  
paletot billig zu verkaufen.  
(1483) Ziegelstraße 20. part.

**Veranda zu verkaufen.**  
billig! billig! billig!  
(1503) Margaretenstraße 9.

Verloren eine Brosche (Halbmond-  
form mit Simillsteinen). Abg. geg.  
Bel. Fr. Kade, Walmstr. 22. II. (1481)

Gesucht ein Kind in liebevolle  
Pflege. Angebote unter W V an  
die Expedition d. Bl. (1485)

**Lederhandlung und Stepperei**  
**Ed. Teuteberg, Untertrabe**  
1504

Allerfeinste feiste gelbfärbende  
**Magnum bonum**  
empfiehlt sehr billig (1506)  
**Wilh. Süfke, Warendorpsstr. 25**

**Ungezieher** jeder Art vertilgt  
unter Garantie  
**F. Kröger, fong. u. gep. Kammer-  
jäger, Kupfer Schmiedestr. 12. II. (1477)**

**Hausfrauen**  
1893 fordert überall nur  
**Christian Gädes**  
allerfeinste, dunstfreie  
**Buchen-Holz Kohlen**  
in Original-Packungen.  
Reelle, grusfreie Verpackung.  
— Netto Gewicht. —  
Anerkannt beste Qualität.

**Geschäfts - Eröffnung.**

Dem geehrten Publikum der  
Vorstadt St. Gertrud die ergebene  
Nachricht, daß ich mit dem heu-  
tigen Tage

**Bülowstraße 10**  
**ein Weiß-, Woll- und**  
**Manufakturwaren-**  
**.. Geschäft ..**

eröffne.  
Es wird mein Bestreben sein,  
die mich zu beehrende Kund-  
schaft mit nur guter und reeller  
Ware zu bedienen.

Indem ich um geneigten Zu-  
spruch bitte, zeichne ich  
hochachtungsvoll  
**Frau Kirsch.**

1505  
**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.  
Markt 4 **10**  
sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:  
Leberhosen . . . 2.20—6.45  
Maurerhosen . . . 2.60—6.75  
Schloßhosen . . . 1.88—5.25  
Überziehhosen . . . 1.08—2.35  
Zwischenhosen . . . 1.68—3.25  
leimene Jacken, schräge u. gerade,  
1.28, Rafen, Hemden, Schlachter-  
jacken, Freiarbeitsjacken, Malermäntel  
erkautlich billig. Mägen von 30  
Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

**Ausgekämmtes Haar** wird  
1486) **Ludwigstraße 38.** gekauft.

**Freie Jugend Lübecks.**

Sonntag, den 30. Juni:  
**Ausflug nach Rotehufen.**  
Abmarsch 3 Uhr vom Mühlenbrink.  
(1499) Der Jugendausflug.

**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**

am Freitag, 28. Juni  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Wahl der Ortsverwaltung.  
3. Unser diesjähriges Stiftungsfest.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
(1496) **Die Ortsverwaltung.**  
NB. Sämtliche Vertrauensmänner  
und die in der letzten Versammlung  
gewählten Generalversammlungss-  
berichter sind besonders eingeladen.

**Hansa-Theater.**

Castspiel  
**Hamburger**  
**Intimes Theater.**  
Neue Schlager:

**Pariser Stubenmädchen**  
**Die konfiszierte Venus**  
**Reznicek-Album**  
**Drei Mädels aus Newyork**  
Anfang 8 1/2 Uhr. (1498)

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.**

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt  
folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Dr. Christeller.  
Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen  
vorhanden sein.
  - Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** Von Dr. Silberstein.  
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu em-  
pfehlen.
  - Heft 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr.  
Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten  
will, lese diese Anleitung.
  - Heft 4. **Der Achtsundentag.** Von Dr. Zadel. Eine ärzt-  
liche Begründung der sozialdemokratischen For-  
derung.
  - Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Mit besonderer  
Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagbeschlusses  
betr. Schnapskonkott.
  - Heft 6. **Das Schulkind.** Von Dr. Silberstein. Die Kinder  
vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des  
Büchleins.
  - Heft 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.**  
Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden  
Menschen wichtige Frage.
  - Heft 8. **Nahrung und Ernährung.** Von Dr. Chajes.  
Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und  
seine Familie.
  - Heft 9. **Wie sollen wir uns heiden?** Von Dr. B. Bernstein.  
Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige  
Frage.
  - Heft 10. **Der Arbeiterschutz.** Von Dr. M. Epstein. Mit  
besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
  - Heft 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.** Dr. J. Zadel.  
Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwanger-  
schaft. (Text-Illustrationen.)
  - Heft 12. **Vom medizinischen Aberglauben.** Dr. C. Theising.  
Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
  - Heft 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheits-  
pflege des Arbeiters.** Von Dr. S. Muntzer. Die  
Anwendung des Wassers in gesunden und kranken  
Lagen.
  - Heft 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns.** Von  
L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Heraus-  
gebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit  
fünf Text-Illustrationen.
  - Heft 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.**  
Von Dr. J. Markuse. Allen Eltern warm em-  
pfohlen.
  - Heft 16. **Zähne und Zahnpflege.** Von Gertrud Remald.  
Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen  
Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
  - Heft 17. **Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers.**  
Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
  - Heft 18. **Der Geschlechtstrieb.** Von Eduard Bernstein.
  - Heft 19. **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranker-  
Mannheim. Mit einer Einleitung vom Heraus-  
geber Dr. Zadel, Berlin.
  - Heft 20. **Die Proletarietkrankheit.** Von Dr. J. Zadel.
  - Heft 21. **Atmungsübungen.** Von Otto Kühle. Mit zahl-  
reichen Illustrationen.
  - Heft 22. **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. Chajes.
  - Heft 23. **Wie schützen wir uns vor Herzkrankungen?**  
Von Dr. Keffisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
  - Heft 24. **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.**
- Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.  
Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

**Der Ratgeber**  
für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle  
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt  
und Rezeptbuch nebst einem Anhang  
enthaltend: Wörterbuch der neuen Recht-  
schreibung, Zinsenberechnungs- u. andere  
Tabellen. — 1200 Illustrationen und  
Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.  
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.**



**Für unsere Leser!**

Ein hochinteressantes Originalwerk  
**Die französische Revolution**  
in Wort und Bild.  
Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier  
gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text  
bieten wir unseren Lesern  
zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

## Die „Volksfürsorge“ eine Schöpfung der Sozialdemokratie?

Die Wächter des Kapitals speien wieder einmal Feuer und Flamme und tuten — linker Hand — rechter Hand — unisono in das gleiche Horn: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Der Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften, die Volksversicherung durch Errichtung der Aktiengesellschaft „Volksfürsorge“ zu organisieren, hat sie ganz aus dem Häuschen gebracht und sie leidenschaftlich darauf los, als handle es sich um die größte Staatsaktion. Sonderbar — in dem ganzen Schwall von Worten, mit dem sie das neue Volksunternehmen „begrüßen“ — nicht ein Wort der Abwehr gegen die aufklärende Kritik, die der Referent, der Genosse v. Elm, auf dem Berliner Genossenschaftstag an den großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften übte. Warum gegenüber dieser Kritik das absolute Schweigen?

Wir wollen dem in diesem Punkt scheinbar so ganz versagenden Gedächtnis der Vertreter der kapitalistischen Profitinteressen etwas nachhelfen und bitten dann in aller Bescheidenheit darum, sich einmal über die folgenden vom Referenten festgestellten Tatsachen zu äußern:

Der kapitalistische Profit der Versicherungsgesellschaften ist ein ganz enormer. Das Einkommen des Direktors der „Viktoria“ betrug im letzten Jahre 780 000 Mark!!! Die sieben Herren vom Aufsichtsrat erhielten zusammen an Entnahmen 150 000 Mark; die Aktionäre an Dividenden 1 180 000 = 39 Prozent (!) ihres eingezahlten Aktienkapitals. Auch bei der „Friedrich-Wilhelm“ machen die interessierten Kapitalisten ein gutes Geschäft. Die Aktionäre erhielten 1910: 540 360 Mk. d. 36 Proz. (!) der Bareinzahlung auf ihre Aktien. An Entnahmen erhielten: der Vorstand 110 879 Mk.; der Aufsichtsrat 92 899 Mk.; sonstige Personen 27 719 Mk.

Die Verwaltungskosten der Gesellschaften sind ungeheuerlich hoch. Bei der Volksversicherung der „Viktoria“ betragen sie in den letzten drei Jahren 46 811 374 Mk., d. h. 23,7 Proz. der Prämieinnahme; bei der „Friedrich-Wilhelm“ 1908, 1909, 1910 zusammen 18 610 636 Mk., d. h. 29,9 Proz. der Prämieinnahme.

In den letzten drei Jahren sind bei der „Viktoria“ und der „Friedrich-Wilhelm“ zusammen 666 543 — bei sämtlichen Versicherungsgesellschaften über eine Million Policen — verfallen. Hunderttausende armer, unbemittelter Volksgenossen verlieren jährlich große Summen Geldes an die kapitalistischen Gesellschaften, ohne von ihnen irgend welche Gegenleistungen zu empfangen.

Bei der Volksversicherung lassen sich die Gesellschaften von den Arbeitern enorm hohe Prämien zahlen, ohne ihnen eine entsprechende Gegenleistung zu bieten. Die „Viktoria“ vereinnahmte in den letzten drei Jahren an Prämien von den Volksversicherten 197 635 831 Mk., an Policeengebühren 2 258 743 Mk.; sie schrieb den Versicherten an Gewinnanteilen gut: 29 272 641 Mk., jedoch sie von den Versicherten eine Nettoeinnahme von 170 621 933 Mk. erzielte — an Versicherungssummen und für Rückkauf von Policen vorausgabte die „Viktoria“ dagegen nur an die Versicherten 84 917 805 Mk. Bei der „Friedrich-Wilhelm“ ist das

Verhältnis noch ungünstiger, sie vereinnahmte 1908, 1909, 1910 zusammen von den Versicherten 62 1/2 Millionen Mark; ihre Gegenleistung an die Versicherten betrug dagegen nur 18 Millionen Mark. Und das sind nicht etwa Ausnahmehahre, jahraus, jahrein dasselbe Bild — hohe Prämieinnahmen — ganz minimale Gegenleistungen an die Versicherten.

Wie wollen die kapitalistischen Solbschreiber die aus diesen ungesunden Verhältnissen von dem Referenten gezogenen Schlussfolgerungen entkräften: Die Volksversicherung ist wohl für die daran beteiligten Kapitalisten ein glänzendes Geschäft, den Interessen des Volkes entspricht sie nicht, sie besitzt keinerlei sozialen Wert!?

Und wenn nun der Referent fortfahrend erklärte: „Die Volksversicherung muß ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleidet werden, sie muß wieder auf der Basis der Solidarität aufgebaut werden; dieser Aufbau muß jedoch auf einer großen breiten und rechnerisch durchaus sicheren Grundlage erfolgen“, so meinen wir, jeder sozialdenkende Mensch müßte dem zustimmen und dann rein objektiv prüfen, ob der in seinen Grundzügen entwickelte Plan aus- und durchführbar ist.

Wir wollen den Organisationsplan der „Volksfürsorge“ noch einmal kurz skizzieren:

Die Träger der Versicherung sollen die großen wirtschaftlichen Organisationen der Gewerkschaften und Genossenschaften bilden. Zweieinhalb Millionen Gewerkschafts-, einein Drittel Millionen Genossenschaftsmitglieder bilden zweifellos ihrer Zahl nach eine Grundlage für einen rechnerisch durchaus sicheren Aufbau. Die Volksfürsorge will den Kreis ihrer Versicherten aber nicht auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder beschränken. Alle Volksgenossen können sich der Volksfürsorge anschließen — unbekümmert um ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die „Volksfürsorge“ soll die Form einer Aktiengesellschaft haben; das Grundkapital soll eine Million betragen. Gewerkschaft und Genossenschaften haben sich verpflichtet, jeder Verband für sich die Hälfte des Aktienkapitals zu zeichnen. Es ist bereits gezeichnet und wird von den Gewerkschaften und Genossenschaften bar eingezahlt werden. Die Generalversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat wird aus der gleichen Anzahl Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften bestehen. Die Aktien können nur mit Zustimmung des Vorstandes und des Aufsichtsrates auf einen anderen Besitzer übertragen werden. Der Höchstbetrag der Aktien soll 4 Prozent betragen. Der ganze Reingewinn soll nach Zumeisung der notwendigen Beträge an die gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds zugunsten der Versicherten verwandt werden.

Wir stimmen dem Referenten darin durchaus zu, daß diese Grundlage die Gefahr einer kapitalistischen Entartung für alle Zeiten ausschließt.

Die Volksfürsorge wird alle Arten der Versicherung einführen, wie die großen Lebensversicherungsgesellschaften, — in erster Linie die Kapitalversicherung, die Versicherung auf den Todesfall ohne ärztliche Untersuchung.

Der Verfall von Policen soll dadurch ausgeschlossen werden, daß neben der Kapitalversicherung eine Spar- und Lebensversicherung eingerichtet wird. Ist es

einem Versicherten unmöglich, nach Ablauf der gewährten Zahlungsfrist seine Beiträge für die von ihm abgeschlossene Kapitalversicherung weiter zahlen zu können, so wird seine Police ohne weiteres, also ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf, in eine solche als Spar- und Lebensversicherung umgewandelt. An eine Zahlungsfrist ist er nicht mehr gebunden, er kann zahlen, wann es ihm möglich ist. Nach dem Betrage seiner Zahlungen erhöht sich seine Versicherungssumme — eventuell auch über die von den Versicherungsgesellschaften vorgeschriebene Höchstgrenze von 1500 Mk. hinaus.

Bei Einführung dieser Methode kann mit vollem Recht gesagt werden, daß das Anrecht des Versicherten niemals erlischt, daß kein Pfennig der eingezahlten Beiträge ihm verloren geht.

Selbstverständlich werden die Prämientabellen auf Grund vorsichtiger Berechnungen eines Versicherungsmathematikers festgestellt und vom Aufsichtsrat geprüft werden. Diese Arbeit erfordert viel Zeit und dürfte deshalb die Volksfürsorge vor dem 1. Januar nächsten Jahres ihre Wirksamkeit nicht beginnen können.

Schon vor dem Genossenschaftstag wurde nun in den Organen der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften versucht, das Kaiserliche Aufsichtsamt gegen die „Volksfürsorge“ aufzubringen; man behauptete dreist und nett, ihre Gelder würden zu sozialdemokratischen Parteizwecken und für Streiks Verwendung finden.

Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärte demgegenüber der Referent: „Die Herren Kapitalisten waren noch niemals so sehr auf dem Holzwege, wie in diesem Fall. Das Kaiserliche Aufsichtsamt wird niemals als Veranlassung haben, die Anlage unserer Gelder zu bemängeln; es fällt uns nicht im Traum ein, Gelder zu Parteizwecken oder für Streiks zu verwenden. Wir werden die Gelder derart belegen, wie es uns das Gesetz und das Interesse der Versicherten gebietet.“

Da nun aber auch jetzt nach dem Genossenschaftstag die Angriffe nach dieser Richtung noch immer verheißt oder offen fortgesetzt werden, lassen wir hier aus dem Entwurf der Kommission den Paragraphen über die Belegung der Gelder der „Volksfürsorge“ folgen. Er lautet:

„Die Anlegung des Vermögens der Gesellschaft erfolgt:

I. Soweit es sich um etwaige den Prämien-Reservefonds bildende Bestände handelt, nach Maßgabe der §§ 59, 60 und 99 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901.

II. Die Anlegung der übrigen Bestände kann nach den in Ziffer I angeführten Bestimmungen erfolgen, ist aber auch in folgender Weise zulässig:

1. in Hypotheken, welche nach den gesetzlichen Vorschriften des Bundesstaats, in welchem das beliehene Grundstück liegt, zu Anlegung von Mündelgeldern sich eignen;
2. in ausländischen Staats- und Kommunalpapieren jedoch nur insoweit, als dieselben zur Kautionsleistung behufs Erlangung der Konzession zum Geschäftsbetrieb in ausländischen Staaten erforderlich sind;
3. in Wertpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeld zugelassen sind;
4. in solchen Pfandbriefen deutscher Hypothekendarlehenbanken, welche die Reichsbank in 1. Klasse befreit;

## Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von G. Demitt.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das weiß ich nicht,“ entgegnete die würdige Hausfrau, „doch scheint sie mir eine sehr anständige junge Person zu sein, die unserem Kreise nur zur Zierde gereichen kann.“

„Ich gehe mit Ihnen jede Wette ein, Frau Bernalack, daß, wenn Sie ganz Stepany absuchen, Sie nicht eine zweite Schneiderin wie Fräulein Kennedy finden werden. Was sagen Sie, Mylady?“

„Ich sage, Herr Goslett, daß bei uns in Neu-England die Damen, welche Schneiderinnen sind, den anderen Damen den Ton in der Mode angeben. Im übrigen verstehe ich nicht, was Sie mit Ihren Bemerkungen über vornehme Damen und Schneiderinnen eigentlich sagen wollen. Ich muß gestehen, daß ich von Ihnen bessere Manieren erwartet habe. Nehmen Sie sich, wenn ich Ihnen raten darf, die Manieren seiner Lordschaft zum Vorbilde, Herr Goslett, dessen Vater auch nur ein Tischler war wie Sie.“

B. Kapitel.  
Onkel Bunker.

„Mein Onkel!“

Es war der nette, späßige Tischler, der von seinem Sitze aufsprang und die Hand des Eintretenden mit einer Wärme drückte, die dieser nicht erwiderte.

„Erlauben Sie mir, Fräulein Kennedy, daß ich Ihnen meinen Onkel vorstelle, meinen guten Onkel Bunker, dessen Lob Sie uns gestern in allen Tonarten singen hörten. Ich treibe keinen Spott, Onkel. Was immer Sie wünschen mögen, Fräulein Kennedy, von einem Klavier bis zu einem sprechenden Papagei, so ist mein Onkel der Mann, der es Ihnen besorgen wird. Er berechnet Ihnen dafür weiter nichts, als einige Prozent auf den Einkaufspreis, sowie eine angemessene Entschädigung für seinen Zeitaufwand. Er ist allgemein seines Wohltätigkeits sinnes wegen bekannt und erfreut sich besonderer Beliebtheit bei Personen, die mit ihrer Mietsache im Rückstand sind, er ist —“

Hier zog Herr Bunker seine Uhr aus der Tasche, indem er erklärte, daß Zeit Geld sei und daß er in Geschäften gekommen wäre.

Angela bemerkte, daß die Ausfälle des Neffen sehr unfreundliche Aufnahme fanden.

„Kommen wir zum Geschäft, Fräulein, wenn es Ihnen gefällig ist,“ mahnte der Agent und holte dabei ein rotseidenes Taschentuch hervor, mit dem er seine Blase polierte, bis sie wie Marmor glänzte. Er war von kurzer, gedrungenen Gestalt, hatte ein volles, rundes, stark gerötetes Gesicht, wie wenn er ein Freund steifen, heißen Grogs sei, kleine listige Augen, einen starken, grauen Bart, aufgeworfene Lippen und litt an Atembeschwerden. Seine Nase war breit und die aufrechte Haltung seines Kopfes, sowie das eckige Kinn, wiesen auf einen entschlossenen Charakter hin, der offenbar zuerst, zuletzt und immer nur an sich selbst und seine eigenen Interessen dachte.

„Ich trage mich mit der Absicht,“ so begann Angela, „mich in dieser Nachbarschaft als Schneiderin niederzulassen.“

„Das gefällt mir,“ sprach Herr Bunker, „denn es zeigt, daß Sie eine praktische Person sind, und ich habe gern mit praktischen Leuten zu tun, nicht aber mit jungen Windhunden und Tageliebden, die unsern lieben Herrgott die Zeit stehlen.“ Dabei blickte er bezeichnend auf Harry.

„Ich suche also zunächst ein Haus in guter Geschäftslage, sodann einen stab geschulter Arbeiterinnen, und schließlich eine Kraft, die sich auch auf die kaufmännische Seite des Geschäfts verstehen würde.“

„Selbstverständlich müßten Sie eine Vorarbeiterin haben,“ meinte Herr Bunker. „Und außerdem?“

„Außerdem möchte ich Sie bitten, mich mitzutellen, welche Entschädigung Sie für Ihre Dienste verlangen, die ich nicht umsonst in Anspruch zu nehmen gedenke.“

„Ich habe,“ bemerkte Bunker, „einen festen Satz, von dem ich nicht abweiche und der zwei Schillinge und sechs Pence für jede Stunde beträgt, die ich dem Dienst meiner Auftraggeber widme, einerlei, ob ich nun Personal für Sie engagiere, auf die Wohnungssuche für Sie gehe oder guten Rat erteile. Dieser Satz ist nicht zu teuer und hat außerdem das Gute, daß Sie nicht zwitrel reden werden, da Sie mir meine Zeit ja zu bezahlen haben. Für den Wohnungsnachweis berechne ich als Gebühr nur zehn Prozent der Mietsache im ersten Jahr, weiter nichts. Wenn Sie es wünschen, will ich Ihnen das Haus vom Boden bis zum Keller zu den gleichen Bedingungen möblieren und Ihnen Arbeiterinnen für je fünf Schillinge nachweisen.“

„Ja,“ meinte Angela, „es wird mir wohl nichts übrig bleiben, als einen stab tüchtiger Arbeiterinnen zu engagieren, und ich vermute —“ sie blickte Harry fragend an, „daß ich keine bessere Persönlichkeit als Sie finden kann,“

um mir bei der Verwirklichung meines Vorhabens zu helfen.“

Der Nefse ließ einen langgezogenen Wiff hören. Nach einer ärgerlichen Bemerkung über Müdigangänger, die ihre Hände in die Taschen stecken, entwickelte Bunker seine Ansicht.

Fräulein Kennedy hörte ihm lässig zu, ohne sich viel um die Einzelheiten zu kümmern, und erklärte sich selbst mit den kostspieligen Anschaffungen für einverstanden, ohne die verlangten Preise zu bemängeln. Sie ließ sich bei diesen Verhandlungen von der geheimen Furcht leiten, daß ihre geschäftliche Unwissenheit zutage treten würde, sobald sie nur den Mund öffnete. Der Agent erkannte jedoch sofort, was dieses Schweigen zu bedeuten hatte und nahm sich vor, die goldene Gelegenheit nach besten Kräften auszunutzen. Es war unwahrscheinlich, daß sie über viel Geld verfügte — solche weiße Raben gab es in Stepany nicht — und geschäftlich zeigte sie sich ganz unerfahren, es war also nur ein ehrlicher Tausch, wenn er dieser Schneiderin ihr bißchen Geld abnahm und sie dafür um wertvolle Erfahrungen bereicherte.

Zum Schluß seiner Vorschläge bemerkte er lächelnd, daß Fräulein Kennedy ihm noch Referenzen aufzugeben haben würde.

„Das ist einmal so üblich,“ sagte er, „und ohne Referenzen geht es nicht.“

Wiederum stieg die Röte in Angelas Gesicht. An Referenzen hatte sie nicht gedacht, und die Frage setzte sie in Verlegenheit.

„Ich erlaube dir, mein Onkel,“ mischte sich hier Harry in die Unterredung, „alle Leute, welche Auskunft über Fräulein Kennedy wünschen, an mich zu weisen.“

Ohne den Vorschlag einer Antwort zu würdigen, fuhr der Agent fort:

„Sie werden selbst zugeben, Fräulein, daß wir Sie nicht kennen; daß wir weder wissen, wer Sie sind, noch woher Sie kommen, noch wieviel Geld Sie besitzen und wie Sie es erworben haben. Ich zweifle nicht, daß alles mit rechten Dingen zugeht, und Sie haben ein ehrliches Gesicht. Vielleicht brauchen Sie wirklich nichts zu verbergen, und außerdem mögen Sie einen sichhaltigen Grund haben, weshalb Sie sich gerade in Stepany niederlassen wollen.“

„Mein Großvater war in Whitechapel geboren,“ entgegnete sie, „und hinterließ mir etwas Geld. Wenn Sie durchaus Referenzen haben müssen, kann ich Sie natürlich an meine Anwälte verweisen, die mein bißchen Geld für mich verwalten. Um mir jedoch diese Scherereien zu ersparen,“

5. durch Lombarddarlehen auf Staats-, Kommunal-, landwirtschaftliche und kreisständische Papiere und sonstige Wertpapiere nach den Grundsätzen der Reichsbank;  
6. durch Diskontieren von Wechseln nach den Grundsätzen der Reichsbank mit der Beschränkung, daß der Gesamtbetrag 10 Prozent der jeweiligen vorjährigen Prämieinnahme nicht übersteigen darf.  
Der nach Ziffer 4 und 5 anzulegende Betrag darf jedoch 10 Prozent des anlegbaren Vermögens der Gesellschaft nicht übersteigen.  
III. Vorübergehend verfügbare Mittel dürfen gemäß einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Anweisung angelegt werden.  
Die Vorschriften über die Anlegung der Gesellschaftsgelder finden keine Anwendung auf die durch den Geschäftsverkehr entstehenden Außenstände bei Bankhäusern und Agenturen.  
Den Verleumdern, welche so schnell durch ihre Hege bewirken möchten, daß das Aufsichtsamit der Volksfürsorge von vornherein die Genehmigung verweigert, dürfte die wörtliche Wiedergabe dieses Paragraphen ein für alle Male die Waffe aus der Hand geschlagen sein. Aber man glaubte nicht, daß sich dadurch die Goldschreiber des Kapitals aus dem Konzept bringen lassen. Was an Unverfrorenheit und Verdrehungskunst in den kapitalistischen Blättern in diesen Tagen gegen die „Volksfürsorge“ geleistet wurde, übersteigt wirklich alle Begriffe.

Gegenüber der dreifachen Behauptung in dem Organ deutscher Arbeitgeberverbände, es sei geplant, zu dem bereits vorhandenen Heere der sozialdemokratischen Angestellten eine weitere gewaltige Organisation zu fügen, um verdienten Agitatoren Posten zu verschaffen, hatte Genosse v. Elm erklärt: „Ein großes Heer von Angestellten sollen wir besolden wollen. Aber — da liegt doch gerade der Hase im Pfeffer bei der Volksversicherung. Das große Heer von auf Provision arbeitenden Angestellten macht bei ihnen die Versicherung für die Versicherten so unrentabel. Würden wir ein großes Heer fest und gut besoldeter Angestellter schaffen, wäre die Volksfürsorge ein totgeborenes Kind und wir täten wirklich besser, garnicht erst anzufangen. Von der Ersparnis an Verwaltungskosten hängt der Erfolg der „Volksfürsorge“ ab. Nur dadurch, daß wir die Organisation der Volksfürsorge der bestehenden Organisation angliedern, werden wir diesen Erfolg erzielen können.“

Eingehend äußerte sich dann Genosse v. Elm darüber, durch welche Personen die Ausnahme von Mitgliedern und die Einkassierung von Beiträgen für die Volksfürsorge bewirkt werden könnte — bei den Gewerkschaften durch die Gewerkschaftskassierer, bei den Genossenschaften durch die Mitgliederausschüsse — also durch von den Genossenschaftsmitgliedern gewählte Personen; er tabelte, daß große Konsumvereine es immer noch an den demokratischen Ausbau der Organisation — an der Bildung von Mitgliederausschüssen — fehlen lassen. Anschließend hieran sagte Genosse v. Elm wörtlich: „Es gibt Konsumvereinsleitungen, die ihre Aufgaben dadurch für erschöpft halten, wenn sie die Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln gut organisieren. Das ist aber denn doch eine ungemein enge Auffassung der Aufgaben der genossenschaftlichen Organisation. Die Genossenschaftsbewegung muß immer mehr dahin streben, den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen zu erfassen. Die Genossenschaft soll und muß sein eine Institution zur Förderung des Wohles des ganzen Volkes. Sie mehr Aufgaben wir in die Hand nehmen zur Befriedigung wirklicher Volksbedürfnisse, umso fester wird die Genossenschaftsbewegung im Volke Wurzel schlagen. Ich gebe meinen Gegnern ohne weiteres zu, wenn wir die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun wir das nicht nur, um sie zu verbilligen und zu verbessern. Nein — wenn Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam die „Volksfürsorge“ schaffen, dann geschieht dies auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen, immer mehr den Beweis zu erörtern, wieviel Gutes sich durch das solidarische Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften erbringen läßt. Das ist der ideale Zweck, den wir dabei im Auge haben. Wir würden Leren sein, wenn wir uns diese ideale Wir-

kung dadurch verschmerzen würden, daß wir durch die „Volksfürsorge“ noch Mittel für andere Zwecke — für Streiks oder gar für politische Parteizwecke — bereitstellen wollten. Die „Volksfürsorge“ hat so große, herrliche Aufgaben, daß ihre Verquickung mit anderen Zwecken, sie mögen an sich noch so notwendig und gut sein, ihr nur Schaden bringen könnte.“

Und nun einige Proben davon, was aus diesen Ausführungen die kapitalistischen Blätter herauszubredeln verstanden haben.

„Deutsche Tageszeitung“: „Da mit hat Herr v. Elm mit aller nur möglichen Deutlichkeit zugegeben, daß diese neue Volksversicherung in allererster Linie eine neue Stütze der sozialdemokratischen Bewegung sein und werden soll. Die Konsumvereine, die bis jetzt noch hier und da einen Schein parteipolitischer Neutralität aufrechterhielten, sollen demokratischer ausgestaltet, d. h., der politischen Arbeiterbewegung angegliedert werden.“

Man traut seinen Augen kaum, mit welcher Geschwindigkeit die Redaktion dieses Blattes aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß zu machen versteht. Demokratischer Ausbau der Gewerkschaften — also Wahl von Personen aus den Reihen der Mitglieder zwecks Kontrolle der Verkaufsstellen, Mitwirkung bei Inventuren, bei der Agitation; Aufnahme von Mitgliedern und Einkassierung von Beiträgen für die Volksfürsorge heißt für die „Deutsche Tageszeitung“ einfach: Angliederung an die sozialdemokratische Partei.

Und so gehts weiter — Zeile für Zeile Umbildung, Fälschung und Verdrehung! „Den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen erfassen“ nennt die „Deutsche Tageszeitung“: „die Konsumvereine zu einem sozialdemokratischen Landsturm ausbilden“ usw.

„Eine neue Fesselung der Massen“ nennt der „Breslauer Anzeiger“ die Errichtung der „Volksfürsorge“. Er dichtet die Worte v. Elms genau so um, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und läßt sich zum Schluß also vernehmen: „Die politische Bedeutung dieses neuen Unternehmens ist unanzweifelbar. Mit der Maske des Wohltäters der Arbeiter greift hier die Sozialdemokratie nach dem letzten Groischen, den sich der Arbeiter für Versicherungszwecke am Munde abtippen muß. Der Plan ist von unübersehbarer Tragweite und sollte recht eingehend geprüft werden, bevor er zur Ausführung gelangt. Von vornherein muß nicht nur dafür Sicherheit geboten werden, daß die Kapitalisten der Volksfürsorge niemals und auch nicht auf Umwegen politischen Zwecken nutzbar gemacht werden können; ferner muß verhütet werden, daß die Volksfürsorge zunächst eine Fürsorge für sozialdemokratische Agitatoren und Parteibeamte wird, wenn sie überhaupt genehmigt werden sollte. Diese sozialdemokratische Volksfürsorge ist nicht nur eine verdächtige, sondern geradezu eine gefährliche Gründung, weil sie die besten Elemente der Arbeiterschaft und der selbstständigen Handwerker der Sozialdemokratie auszuliefern droht. Hier Widerstand zu leisten, ist in erster Linie Sache derer, die mit diesem Lockmittel eingefangen werden sollen. Um dem ganzen schlauren Schachzuge zu begegnen, gibt es im Grunde nur ein Mittel, das sicher wirken würde: die Schaffung von Versicherungsmöglichkeiten, wie sie die sogenannte Volksversicherung bietet, im Anschluß an die staatlichen Versicherungseinrichtungen.“

Also — Verstaatlichung der Volksversicherung als einzige Rettung gegen die drohende furchtbare Gefahr. Noch vor ganz kurzer Zeit wurde mit allen nur erdenklichen Argumenten in der kapitalistischen Presse dieser Gedanke mit aller Entschiedenheit bekämpft und nun plötzlich diese Wendung!

Am schlimmsten treiben es, wie immer, die „Hamburger Nachrichten“. Ein schlauer Redner ist dieser „Genosse“ Elm, das muß man sagen. Er versteht es aus dem ff, das eine zu denken und das andere zu sagen“, beginnen sie ihre Epistel, und dann gehts los mit der Gedankenleier, bis sie dann schließlich die „Volksfürsorge“ zu einem „Hilfsorgan der staatsfeindlichen Aktion der Sozialdemokratie“ werden lassen. Höher hinauf gehts nimmer!

Diese Proben kapitalistischer Verdrehungskunst werden genügen, um unsern Lesern die Angst vor Augen zu

führen, von der die Gegner allen positiven Schaffens dem Arbeiter vor der „Volksfürsorge“ erfüllt sind. Kein Zweifel — deren Gründung bedeutet einen Schuß ins Schwarze. Der kapitalistische Profit ist gefährdet — deshalb das Geschrei und der jeden anständigen Menschen mit Ekel erfüllende Verleumdungsfelzug.

Daß die Sozialdemokratie das neue Volksunternehmen mit der größten Sympathie begrüßt, obgleich sie der Gründung dieses Unternehmens völlig fernsteht, braucht nicht erst betont zu werden. Wenn es aber noch eines Beweises bedürfte, daß der Kapitalismus auf allen Gebieten volksfeindlich ist, so haben ihn mit ihrem Schimpfen auf die „Volksfürsorge“ die kapitalistischen Zeitungen erbracht. Gewerkschaften und Genossenschaften vereinen sich zu dem Zweck, dem Volke ein Unternehmen zu schaffen, welches ihnen solidarische Hilfe bringen soll in den schlimmsten Notlagen des Lebens; und diesem edlen Streben begegnet die Bourgeoispreffe lediglich mit Schimpfen und Verleumdungen. Welch schamloses Beginnen! Pfui Teufel!

## Die russischen Flottenrüstungen und der imperialistische Kurs.

### 2. Die neue Flottenvorlage und die Parteien.

Einige Tage vor der Schließung der dritten Duma hat die Regierung das sogen. „kleine Flottenprogramm“ unter Dach und Fach gebracht, welches für 1912—1917 Flottenbauten für über eine Milliarde Mark (502 Millionen Rubel) vorsteht. Die Regierung war offenbar der Ansicht, daß die Sündenlast der Duma zu klein war, und so bildete sie ihr kurz vor Loresschluß noch eine Last auf, die nicht nur dem Volke, sondern auch den herrschenden Gewalten schwere Erschütterungen verspricht. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Etat des Marineressorts schon im nächsten Jahre 330 Millionen Rubel, d. h. mehr als der Marineetat irgend einer Seemacht, mit alleiniger Ausnahme Englands, betragen wird, und daß ferner das angenommene Flottenprogramm nur die Einleitung zu dem „großen“ Programm (für 1918—30) bildet, das nach den sehr müßigen Berechnungen des Oktoberführers Gutschkow einen Gesamtaufwand von zweieinhalb Milliarden, nach anderen Berechnungen gar einen Aufwand von dreieinhalb Milliarden Rubel oder 400 Millionen im Jahr erfordert, um allein die finanzielle Tragweite dieses Beschlusses zu kennzeichnen.

Der Annahme der Flottenvorlage in der Duma ging eine ziemlich heftige Diskussion in der Presse voraus, in welcher das Abenteuerliche und Ungeheuerliche dieses Schrittes schlagend nachgewiesen wurde. Als Gegner der Vorlage trat u. a. auch der reaktionäre Schriftsteller Menschikow in der „Nowoje Wremja“ auf, der die bisherige Rüstungspolitik verteidigte. „Natürlich“ schrieb er — seien Milliarden für die Flotte notwendig, aber vorher müsse man die Gewißheit haben, daß der Bau einer solchen Flotte durchführbar sei. „Unter den heutigen Verhältnissen könne die Verwirklichung des Flottenplanes nur dazu führen, einen Krieg zu provozieren. Mit äußerster Heftigkeit wurde die Vorlage auch von dem bekannten Marinefachschriftsteller „Bruis“ (Pseudonym des Admirals A. D. Alexejew) bekämpft. Unmittelbar vor den Dumaabhandlungen trat er mit dem Nachweis in der Presse hervor, daß das Marineministerium bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht weiß, von welcher Größe die Schiffe sein sollen, die es bauen will, wieviel Geschütze diese tragen sollen usw. Können da, schrieb er, ein Zweifel darüber bestehen, daß die halbe Milliarde von der Reichsduma einfach aufs Geratewohl verlangt werde, umfomehr als von den fünf Werften, die auf Bestellungen bedacht werden sollen, zwei zunächst nur auf dem Papier existieren und eine im Schiffsbau völlig unerfahren ist! Alle diese Einwendungen und Enthüllungen fielen jedoch ins Wasser, denn das Schicksal der Vorlage war bereits vom Zaren und der am Ruder befindlichen Kriegerpartei vorausbestimmt, gleichviel ob die Duma ihre Zustimmung gab oder nicht.

waren, würde ich bereit sein, alles dar zu zahlen und außerdem die erste Jahresmiete im voraus zu erlegen.“

Herr Bunker erklärte sich großmütig bereit, gegen eine erste Anzahlung von zehn Tausend auf den Nachweis von Referenzen zu verzichten, und nahm seiner Auftraggeberin weiter die Zusage ab, die Lebensversicherung und Möbel bei der Abfertigung bar zu bezahlen und die ganze erste Jahresmiete nach Aufständigung des Hauses im voraus zu erlegen. Als Gegenleistung wolle er ihr gestatten, in Zukunft ihn als Referenz aufzugeben — ein Vorrecht, das unbedingt ihren geschäftlichen Erfolg sichern werde.

„Was mich betrifft“, so fügte er hinzu, „so ist mein Wahlpruch: „Denk immer zuerst an deinen Auftraggeber! Das dich nichts für ihn verdrießen, mache dich für ihn ab, denke für ihn, stehe früh für ihn auf und lege dich spät für ihn nieder, und dankbare Herzen werden es dir lohnen! Sie können sich nicht vorstellen, Fräulein, wieviel Auftragsgeber durch mich zu einem Vermögen gekommen sind.“

„Bravo, Oafel, das nenne ich einmal edel gehandelt“, rief Harry begeistert aus.

„Nachdem wir in diesen Punkten zu einer Verständigung gelangt sind“, sprach Angela, ohne die Unterbrechung zu beachten, „wollen wir von etwas anderem reden.“

„Ist es auch geschäftlich?“

„Das gerade nicht. Gleichwohl —“  
„Zeit ist Geld, Fräulein Kennedy, und eine Stunde kostet zwei Schillinge sechs Pence.“ Er zog seine Uhr hervor und machte eine Eintragung in sein Notizbuch. „Es ist jetzt dreierhalb Fräulein. Wo würden meine Auftraggeber bleiben, wenn ich ihnen keine Zeit in Anrechnung brächte? Ich könnte Ihnen ein Beispiel von einer Frau erzählen, der ich vor zwei Jahren befristet war, ein Wirtschaftshaus zu eröffnen. Die gut es ihr gegangen ist und wie sie von mir lernte — das zu hören würde sie in Grännen setzen. Ein dankbares Herz, sage ich Ihnen, und in ganz Würzburg gibt es keinen besseren Rognat und Grog, als in ihrem Hause. Aber Sie wollten mir etwas sagen, Fräulein?“

„Sie wollten mir ein Schloß auf mich ankommen, Oafel“, rief Harry ein, „das natürlich noch deinem Privatnach zu

hewerten wäre. Wenn du aber mit deinem Bericht von der dankbaren Schnapswirtin fortfahren willst, so lege dir keinen Zwang auf. Fräulein Kennedy wird für das Zubehören nur zwei Schillinge sechs Pence pro Stunde rechnen, und ich werde die Zeit notieren.“

„Du tätest besser, junger Mann, zur Arbeit zu gehen“, fuhr ihn Bunker wütend an. Stepmey ist kein Platz für junge Laffen und Tunichtgute, denen nur in den Vereinigten Staaten die gebratenen Tauben ins Maul fliegen.“

„Wie ich höre“, fuhr Angela fort, „hätten Sie viele Jahre lang mit dem alten Herrn Messinger in geschäftlicher Verbindung.“

„Ganz recht, Fräulein“, — Bunker warf sich stolz in die Brust — „jedermann hier in Stepmey wird Ihnen sagen können, daß ich lange Jahre sein geschäftliches Faktotum und sein vertrauter Freund, ja, daß ich David und er Jonathan war.“

„Was Sie nicht sagen! Ich habe schon viel von ihm gehört.“

„Um so empörender hat er sich zuletzt gegen mich benommen“, nahm Herr Bunker seine Erzählung wieder auf.

„In der Tat? Was haben Sie an ihm auszusehen?“  
„Zwanzig Jahre und noch länger hieß es immer zwischen uns: „Mein lieber Bunker“, oder mein guter Bunker“, oder „mein treuer Bunker“ bejorge dies, ermittelte jenes, geh' da und dorthin. Ich kaufte und vermietete seine Häuser, ich sagte ihm, welche Mieter zuverlässig wären und warnte ihn vor schlechten Zahlern. Ich fand ihre ganze Lebensgeschichte für ihn aus, sodas er von einem jeden Bewohner seiner Häuser — und er hatte deren viele Hunderte, wußte, wer seine Eltern und Großeltern gewesen waren, was sie getrieben und womit sie ihren Unterhalt verdient hatten. Ja, der alte Herr Messinger war in Whittechapel geboren und bildete sich etwas darauf ein.“

„Und worin besteht sein empörendes Verhalten Ihnen gegenüber?“

„Während all dieser langen Jahre“, — Bunker schüttelte den Kopf — „in denen ich zur Vermehrung meines riesigen Vermögens beitrug, spottete er mich zu immer

größeren Eifer in seinem Interesse an. „So ist's recht, Bunker“, pflegte er zu sagen, „ein Mann, der nicht auf Gewinn sucht, sondern nur aus treuem Pflichtgefühl arbeitet, kommt unter einer Million Menschen nur einmal vor.“ — Und schließlich, Fräulein, war ich dieser seltene Mann. „Du wirst deine Belohnung nach meinem Tode erhalten“, sagte er wieder und wieder; und ich glaubte ihm, ich rechnete das mit und war nur im Zweifel, wieviel es betragen würde. Ich erwartete ein Legat mit einer vierstelligen Zahl; weniger als das konnte es nicht sein.“ Er unterbrach sich und fuhr abermals mit seinem Taschentuche über die Glase.

Angela blickte zu Harry hinüber, der nur mühsam seine Geiterkeit unterdrückte.

„Ja, Fräulein“, fuhr Bunker fort, „auf eine Belohnung von mindestens einer vierstelligen Zahl hatte ich gerechnet und als ich ihn einmal um seinen Nachlass fragte, wie ich diese Belohnung am besten anlegen sollte, lachte er, — jawohl, Fräulein, — er lachte. Es war das erste und einzige Mal in seinem Leben, daß ich ihn lachen hörte. Ob ihm dieses Lachen später nicht leid getan hat? Ich vermute es sehr stark. Ja, ha, ha!“

„Er lachte“, fuhr Bunker fort, „und sagte, daß Grundbesitz in einer aufblühenden Nachbarschaft die beste Kapitalanlage sei, von der er wisse.“

„Und als er starb“, forschte Angela mit einem Blick auf Harry, dem die Unterredung sichtlich ein ungeahntes Vergnügen bereitete.

„Nichts! Können Sie es fassen? Nicht einen roten Pfennig! Schändlich! Schmachvoll!“ Sein Gesicht wurde purpurrot vor Wut, und er ballte seine Fäuste, als ob er seinen Ingrimm an jemand auslassen wollte. „Nicht einmal mein Name war in seinem Testament genannt. Nichts! erhielt das Mädchen, Millionen über Millionen, und ich, sein getreuer Diener, nichts!“

„Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!“ spottete Harry.

„Es scheint hart“, wandte Angela schnell ein, um den Zorn des Aufgeregten zu beschwichtigen und ihn abzuhalten, seine Wut an Harry auszulassen, „bei einem Testament leer auszugehen, wenn etwas versprochen war.“ (Fortsetzung folgt.)

Um die „verfassungsmäßige“ Form zu wahren, traten die Minister und ihre Räte in der Kommission und im Plenum der Duma in Aktion. Zu einer eingehenden Erörterung kam es aber garnicht. Ministerpräsident R o k o w z e w drohte in der Kommission, daß die Hinausziehung der Entscheidung bis zur Moskauer Zarenfeier als Ablehnung aufgefaßt werden würde. Und in der Duma selbst wurde die Vorlage, die für das Reich von einschneidender Bedeutung ist, in geheimer Sitzung an einem Tage durchgepeitscht. In dem veröffentlichten Sitzungsbericht sind nur Bruchstücke aus den Verhandlungen enthalten. Und die Rede des sozialdemokratischen Fraktionsredners, Genossen P o r k o w s k i ist — da ihr Inhalt offenbar als „gemeingefährlich“ angesehen wird — von der Regierung „vollkommen unterdrückt“ worden. Mußte das Häuflein der sozialdemokratischen Abgeordneten schon zur Verhandlung zugelassen werden, so war eben das schmächtigste Mittel gut genug, um die sozialdemokratische Kritik dieses Attentates gegen das Reich dem Volke vorzuenthalten.

Die Abstimmung über die Flottenvorlage ergab 228 Stimmen für und 71 gegen das Gesetz. In der Minderheit stimmten die Sozialdemokraten, die „Arbeitsgruppe“, die Kadettenfraktion und 6 Oktoberisten. Alle anderen Abgeordneten stimmten für die Vorlage. Die Kadetten, die es sich natürlich nicht nehmen ließen, sich „grundsätzlich“ als Anhänger des Militarismus und Marinismus zu erklären, formulierten ihre Kritik dahin, daß der politische Teil der Vorlage ihnen verdächtig, der technische Teil — irrig erscheinend. Von den Oktoberisten sprach nur ihr Führer G u i s c h k o w gegen die Vorlage — den Fraktionsangehörigen selbst war die Art der Abstimmung freigestellt worden. Weshalb — geht aus folgender Meldung der gut unterrichteten „Wetscherneje Wremja“ hervor:

„Die Banken haben sich vereinigt und gehen in geschlossenen Reihen zum Angriff gegen die halbe Milliarde des Volksgeldes vor. Ihr Plan besteht in folgendem: die künftigen Flottenbestellungen müssen in ihre Hände gelangen; zu diesem Zweck soll von den Werften Besitz ergriffen werden; geht das nicht, so muß eine neue Aktiengesellschaft zur Gründung neuer Werften gebildet werden, denen die Flottenbestellungen zugesandt werden sollen. Wie aus sicherer Quelle verlautet, sollen die betreffenden Börsenleute die Gewißheit haben, daß die „kompetenten Kreise ihnen keine Hindernisse in den Weg legen werden, denn diese Kreise sind an der lebhaften Tätigkeit der Petersburger Banken weit mehr interessiert als an der richtigen und ernstlichen Organisation des Schiffbaus.“

Das Bachanal der Panzerplattenpatronen und Spekulanten begann also bereits, bevor die Vorlage unter Dach und Fach gebracht war; das erklärt zu einem großen Teil die plötzliche Flottenbegeisterung der „führenden“ Dumapartei, die den Bank- und Börsenkreisen ebenso nahe steht wie der Bureaucratie. Die jetzt inaugurierte Prestigepolitik ist ebenso nach ihrem Geschmack wie die verstärkte Aktivität der zarischen Diplomatie in Persien und in der Mongolei, und die jetzt begonnene gewaltigen Rüstungen werden von ihr ausschließlich von diesem Standpunkt und der Möglichkeit fetter Profite bewertet. Ob das Reich hierbei dem finanziellen Ruin entgegengetrieben und das Volk noch mehr der Verelendung preisgegeben wird, ist diesen Hyänen des Schlachtfeldes ebenso gleichgültig, wie die drohenden Perspektiven, die durch das Wettrüsten heraufbeschworen werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Lohnstatistik als Schutzmittel gegen Streik.** Auch die Scharfmacher müssen der Zeitströmung Konzessionen machen. Bisher gewöhnt, in brutalster Weise ihren auf die Kapitalkraft gestützten Willen durchzusetzen, wollen sie jetzt auf die Öffentlichkeit Rücksicht nehmen. Nicht dadurch, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen, sondern durch — systematische Täuschung der Öffentlichkeit. Durch die Unternehmerpresse geht eine Notiz über den Wert der Lohnstatistik: „Auf die Wichtigkeit einer sorgfältigen Pflege der Lohnstatistik wurde auch in der letzten Ausschussung Deutscher Eisenbahnen hingewiesen. Zur Begründung der Forderung, daß es für die Industrie von größter Wichtigkeit sei, jederzeit einwandfreie statistische Angaben und Tatsachen zur Hand zu haben, wurde in der Hauptsache angeführt, daß der letzte große Streik der Kohlenarbeiter die Notwendigkeit, Material über die Löhne stets zur Verfügung zu haben, aufs beste nachgewiesen hat. Dadurch, daß die Bergwerke unmittelbar nach Ausbruch des Streiks hatten nachweisen können, wie die Löhne augenblicklich stehen und daß sie im Steigen begriffen seien, sei die öffentliche Meinung, auf die es bekanntlich bei diesen Dingen sehr viel ankommt, aufs günstigste beeinflusst und der wichtigste Streitgrund der Arbeiter als nichtig nachgewiesen worden!“ Wegen einer einwandfreien Lohnstatistik wäre gewiß nichts einzuwenden, nur darf sie dann nicht einseitig von den Unternehmern und nicht von vornherein zu dem ausgesprochenen Zweck zurechtgemacht werden, als Abwehrmittel gegen Lohnforderungen der Arbeiter zu dienen. Und um das zu verhindern, ist vor allem nötig, mit einer objektiven Lohnstatistik auch Lebensmittel-Preisstatistik zu verbinden; erst aus dem Vergleich dieser Statistiken kann die öffentliche Meinung ein gerechtes Urteil schöpfen.

**Streikende Streikbrecher.** Auf dem Zentralfleischmarkt in London streikten vierzig Streikbrecher. Als der Transportarbeiterstreik ausbrach, warben die Arbeitgeber für den Fleischmarkt Streikbrecher an und zahlten ihnen dreißig Schilling für den Tag bei freier Verpflegung. In der zweiten Woche ging der Lohn auf 19½ Schilling zurück, und jetzt wollen die Arbeitgeber nur acht Pence für die Stunde bezahlen. Das finden die Streikbrecher bitter und streiken deshalb.

## Die Schrecken der Heimindustrie.

In der Bekämpfung der Heimindustrie ist bisher so gut wie nichts geschehen. Alles Drängen der Arbeiter, der Sozialhygieniker und bürgerlichen Philantropen war bisher vergeblich. Auch das am 1. April d. J. in Kraft getretene Hausarbeitsgesetz wird nicht viel nützen, zumal nicht abzusehen ist, wann die verhältnismäßig wichtigste Bestimmung, Einführung von Lohnbüchern, bezw. Lohnzetteln, vom Bundesrat zur Durchführung gebracht wird. Das Gesetz überläßt es be-

kannlich dem Bundesrat und den Polizeibehörden, bei den größten Mißständen einzugreifen; was dabei herauskommen wird, ist bei der in Deutschland herrschenden Scharfmacherei recht zweifelhaft.

Um so notwendiger ist es, immer wieder auf die leider nur zu oft grauenhaften Zustände in der Heimarbeit hinzuweisen. Nicht was die Organisationen der Arbeiter über die Heimarbeit und ihre Wirkung festgestellt haben, wollen wir heute berichten, sondern wiedergeben, was amtliche Organe, die Gewerbeaufsichtsbeamten bei ihren Inspektionen an Glend und Leid angetroffen haben. Greifen wir nur einiges heraus:

Nach § 187a der Gewerbeordnung darf an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt wurden, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen, oder für Rechnung Dritter überwiesen werden. Ist die Arbeitszeit kürzer als die gesetzlich vorgeschriebene, so darf nicht mehr Arbeit mitgegeben werden, als vorausichtlich in der gesetzlichen Arbeitszeit erledigt werden kann. Nun berichtet aber eine große Reihe der preussischen Gewerbeaufsichtsämter, daß es garnicht möglich ist zu kontrollieren, ob gegen diese Bestimmungen Verstöße vorkommen; es wird direkt gesagt, daß die Bestimmungen übertreten werden, zum Teil mit Einwilligung der Arbeiterinnen. Andererseits wird vom Unternehmer oder den Arbeiterinnen behauptet, daß die Arbeit für die Angehörigen mit nach Hause genommen werde. Also das Gesetz ist ohnmächtig. Wäre es für den Gesetzgeber nicht zweckmäßiger, der Heimarbeit etwas energischer entgegenzutreten? Aber freilich: Der Profit regiert.

Überall ist bekannt, wie die unglückselige Kinderarbeit durch die Heimindustrie begünstigt wird. Der Kinderschutz wird zum größten Teil unmöglich, wenn nicht gegen die Heimarbeit erstlich vorgegangen wird. Das badische Gewerbeaufsichtsamt z. B. betont, daß in der Uhrenindustrie die ungesetzliche Kinderarbeit nicht abgenommen hat. Da die meist feinen Arbeiten von den kleinen Kinderhänden geschickt verrichtet werden, zieht man zahlreiche Kinder, vom zartesten Alter an, zur Arbeit heran. Es wurden Kinder von 6 und 7 Jahren angetroffen, die sich täglich längere Zeit mit „Nagelarbeiten“ beschäftigen; meist wird den Kindern eine gewisse tägliche Arbeitsmenge vorgeschrieben. Nicht selten kommt es vor, daß Kinder mit Arbeiten betraut werden, welche auf Grund der Anlage zu § 4 des Kinderschutzgesetzes verboten sind, z. B. Bohrarbeiten.

Von der Blumenindustrie heißt es, daß eine Firma sich durch die Revisionen in der Hausindustrie geschädigt fühlte, da sie einen großen Teil ihrer jugendlichen Heimarbeiter, die in ungesetzlicher Weise beschäftigt wurden, verlor. Durch die Drohung, sie werde die Heimarbeit außer Landes verlegen, suchte sie das Vorgehen gegen ungesetzliche Kinderarbeit abzumachen. In der Stuhlwebererei wurden Kinder von 8 und 9 Jahren bei der Arbeit angetroffen; für den zarten Kinderkörper ist diese Arbeit wegen der schlechten Haltung zweifellos schädlich. In der Bürstenindustrie wurden zahlreiche Heimstätten besichtigt; 70 schulpflichtige Kinder, von denen viele das 10. Jahr noch nicht erreicht hatten, waren mit Einzelnen von Wirtinnen beschäftigt.

Das Kapitel ließe sich aus diesen amtlichen Berichten noch wesentlich verlängern. Doch wir wollen nur noch zwei Momentbilder aus der Zigarrenindustrie mit ihrer ausgebreiteten Heimarbeit zeigen. Das Gewerbeaufsichtsamt für den Regierungsbezirk Rassel berichtet aus Bad Orb: „Die vom Direktor der Volksschulen in Bad Orb mit großer Sorgfalt aufgestellte Liste der gewerblich beschäftigten Kinder gab dem Gewerbeinspektor Anlaß — etwa 30 Werkstätten der Heimarbeit zu besichtigen. In Bad Orb wird fast ausschließlich das Ausrippen von Tabak und das Rollen fertiger Zigarrenwickel getrieben. Das Rollen oder Zigarrenmachen kann nur von gut gelernten Arbeitern vorgenommen werden; bei dieser Arbeit besteht deshalb keine Gefahr, daß mit ihr auch Kinder beschäftigt werden könnten. Dagegen wurde bei der Besichtigung mit einiger Sicherheit festgestellt, daß in etwa 14 Fällen sogar Kinder unter 10 Jahren an der von den Eltern, meistens Müttern, ausgeführten Abrippungsarbeit teilgenommen hatten. . . Die Besichtigungen ergaben im übrigen ein trübes Bild von der Lebensweise und den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen der Heimarbeiter in Bad Orb. Die Arbeit wird meist in engen, niedrigen und ungenügend beleuchteten Stuben, die oft gleichzeitig als Schlafgemächer dienen, verrichtet. In einer Stube lag die Heimarbeiterin, zurzeit Wöchnerin, mit ihrem 8 Tage alten Kinde im Bette, während neben dem Bette eine Verwandte, welche die Pflege der Wöchnerin übernommen hatte, mit dem Ausrippen von Tabak beschäftigt war.“

Wir fügen aus Erfahrung hinzu, daß es dieser Wöchnerin noch besser ging, als mancher anderen, die auch während des Wochenbettes den Tabak nicht aus ihren Fingern los wurde. Der Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamts erwähnt folgenden Fall:

Für eine Zigarrenfabrik verrichtete eine alte Frau, die mit offenem Gesichtskreis behaftet war, Heimarbeit, nachdem sie trotz einer offenen Wunde am Auge jahrelang in der Fabrik beschäftigt worden war. Die Frau wurde mit Blut an den Händen, das von den Gesichtswunden herrührte, beim Tabakrippen angetroffen. Die Fabrikantenkassette lehnte den Antrag, die Frau in das Samariterkrankenhaus nach Heidelberg zu bringen, ab. Der Kranken wurde unterlagert, sich weiter mit Tabakrippen und sonstigen Arbeiten für die Fabrik zu beschäftigen und das Zimmer zu betreten, in welchem ihre Angehörigen Tabak verarbeiten.“

Wir meinen, das Angeführte bestätigt die immer wieder hervorzuhebende Schädlichkeit der Heimarbeit; es ist ein weiterer Beleg dafür, wie sehr neben der Gesundheit der Heimarbeiter die Gesundheit und Wohlfahrt der ganzen Bevölkerung gefährdet ist. Die Arbeiterchaft hat nach Berücksichtigung aller Umstände das stärkste Interesse an der Bekämpfung der Heimarbeit bezw. ihrer schlimmen Auswüchse; aber nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Volk ist interessiert bei der Heimarbeitfrage. Und da die Gesetzgebung auf diesem Gebiete bisher völlig bedeutungslose Arbeit geleistet hat, ist es notwendig, sie vorwärts zu treiben. Auch das Streben der Gewerkschaften auf diesem Gebiete muß anerkannt und gefördert werden. Schließlich kann man sich auch als Konsument an der Bekämpfung der Heimarbeit und ihrer schädlichen Wirkungen auf wirtschaftlichem und sanitärem Gebiete beteiligen, indem man den Kauf von in der Heimindustrie hergestellten Waren vermeidet. Es muß eben alles helfen! Die Wohlfahrt des Volkes ist das höchste Gesetz!

## Kommunales.

**Aus einer kleinen Stadt.** Nach dem Muster der Großfabrikanten, die in ihren Synagogen die Preise diktieren, stecken die vier Glasermeister Möhring, Arndt, Krell und Witte des pommerischen Städtchens Kolberg die Köpfe zusammen und verpflichteten sich auf vier Jahre durch notariellen Vertrag und bei einer Konventionalstrafe bis zu 500 Mk., städtische Glaserarbeiten nicht unter dem von ihnen festgesetzten Preis zu übernehmen. Die ausgeschriebenen Arbeiten fielen der Reihe nach einem der Vertragsschließenden zu, da die übrigen Submittenten um 20 Prozent höhere

Vorderungen laut gegenseitiger Vereinbarung der Stadtverwaltung einzureichen hatten. — Im Jahre 1908 hatte die laufende städtischen Arbeiten Möhring, 1909 Arndt, 1910 Witte, 1911 wieder Möhring und 1912 Witte. Bei dem Bau der Schule erhielt Möhring den Zuschlag. Daffur mußte er an Arndt 500 und an Witte 400 Mk. zahlen. Krell erhielt keinen Aufstand, dafür wurde ihm aber die Vergütung des Familienabades zugesprochen. Der Organisationsfaktor des Bundes ist Krell, der auch Stadtvorordnener ist. — Ohne Zweifel ist durch dieses Kreiben die Stadt Kolberg finanziell stärker in Anspruch genommen, als unter normalen Verhältnissen. Die Sozialdemokratie ist in diesem Stadtparlament nicht vertreten und die Stadtväter, die obiges dulden, sträuben sich, das enorm hohe Bürgerrechtsgeld, durch das die Arbeiter von der Teilnahme an der Stadtvertretung ausgeschlossen werden, abzuschaffen. Die bürgerlichen Stadtväter würden ja dann nicht mehr unter sich sein.

## Soziales.

**Wo holt sich der Arbeiter seine Rechtsbelehrung?** Die Kulturarbeit der proletarischen Bewegung ist ungeheuerlich und in vieler Hinsicht garnicht meßbar. Ein kleiner Ausschnitt aus ihrem Riesennetzgebiet ist die nachfolgende Zusammenstellung, sie zeigt, wo der Arbeiter sich heute seine juristische Belehrung und Orientierung holt. Die Tätigkeit der Rechtsanwaltsstellen nach ihrer Anzahl, der Ziffer der von ihnen geleisteten Auskünfte und der ausgeführten juristischen Schriftsätze sind einzeln aufgeführt.

Art der Rechtsanwaltsstelle	Zahl der Auskunftsstellen	Gesamtzahl der Auskünfte	dazu Schriftsätze
Gemeindliche u. staatliche . . . . .	114	309 997	51 967
Gemeinnützige Vereinigungen . . . . .	29	188 099	27 958
Frauenvereinigungen . . . . .	91	34 589	4 288
Freie Gewerkschaften . . . . .	316	701 880	164 651
H.-D. Gewerkschaften . . . . .	50	52 260	11 115
Christl. Gewerkschaften . . . . .	54	40 773	23 814
Polnische Gewerkschaften . . . . .	7	10 662	6 983
Selbe, vaterl. reichstreue Gewerkschaften . . . . .	6	4 566	2 019
Arbeitgeberverbände . . . . .	9	9 486	4 908
Evangelische . . . . .	19	32 288	14 250
Katholische (christliche Gewerkschaften) . . . . .	128	264 063	109 096
Nationalliberale . . . . .	29	28 991	14 667
Ländliche Genossenschaften . . . . .	10	6 466	478

Auch hier werden die Leistungen der freien Gewerkschaften von niemand erreicht, ganz gleich welcher Art die Organisation ist!

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Nachspiel zum Reichstagswahlkampf in Schlesien.** Am 17. Dezember 1911 wurde in Kadzjonka u in Schlesien eine Zentrumsversammlung abgehalten, die sehr stürmisch verlief, da der Versammlungsleiter, Dekan K o n i k o und der Referent B i t t a dem Verlangen der Versammelten, polnisch zu sprechen, nicht nachkamen. Es wurde gepöffelt und skandalisiert. Schließlich wurden die unruhigen Geister aus dem Saal gewiesen und 10 dieser „Unruhefister“ von demselben Dekan, der sie vorher von der Kanzel herab zur Versammlung geladen hatte, vor den Rabi zitiert. Sie sollten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten. Das Schöffengericht von T a r n o w i k sah in dem Verhalten der Angeklagten aber nur groben Unfug und erkannte auf Geldstrafen von 15 Mk. Der Hauptangeklagte soll 30 Mk. zahlen. Acht Angeklagte wurden freigesprochen.

**Wieder ein Spionageprozeß.** Am Donnerstag wird sich der Oberstleutnant Albert C h l e r s von der Reichsmarine vor dem 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten haben. Chlers hat angeblich dem im vorigen Jahre festgenommenen früheren Wilhelmshavener Schutzmann G l a u s, der im festen Solde der englischen Admiralität gestanden haben soll, Mitteilungen über den neuen Kreuzer „Von der Tann“ gegeben. Glauß entwich dann aus dem Untersuchungsgefängnis nach London, wurde aber von England ausgeliefert und wegen Diebstahls vom Landgericht Aurich zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Glauß ist als Zeuge geladen.

## Aus Nah und Fern.

**Hochwasser in Schlesien.** Aus H i r s c h b e r g wird gemeldet: In vielen Ortschaften wurde infolge Hochwassers großer Schaden angerichtet. Einige Orte wie Boberragersdorf und Laehn berichten, daß die durch die Wolkenbrüche angerichteten Verheerungen bedeutender sind als die von dem Hochwasser im Jahre 1907. Sehr schlimm lauten die Nachrichten aus Schwerta bei Mark-Bissa und besonders aus Probsthain und Pilgramsdorf. Hier stand das Wasser teilweise bis über die Wipfel der Bäume. Viel Vieh ist ertrunken. Bäume und Gärten sind weggeschwemmt. Die Feldfrüchte sind größtenteils vernichtet. Die meisten Brücken wurden weggerissen, so auch die Brücke bei Pilgramsdorf über die Schmale Weichsa, auf der der vierzehnjährige Sohn eines Stellenbesitzers stand, welcher von den Fluten fortgerissen wurde, und errant.

**Abermals ein flüchtiger Kassenbote.** Erst vor einigen Tagen verschwand der Kassenbote Leon Z e b e l l in Berlin mit 120 000 Mark Papiergeld, das er einer Genossenschaftsbank unterschlagen hatte. Am 26. Juni hat bei der Hauptkasse der Dresdener Bank in Berlin der Kassenbote B r ü n i n g 260 000 Mark in Papiergeld in einem unbeobachteten Augenblicke verschwinden lassen und sich dann entfernt. Eine sofort vorgenommene Revision hat das Fehlen obiger Summe ergeben. Die Dresdener Bank teilt über die Unterschlagung folgendes mit: In den Vormittagsstunden wurde wie gewöhnlich von der Reichsbank Geld geholt, was für die nächsten Stunden zur Auszahlung dienen sollte. Es waren dies zwei Millionen Mark in Gold, Silber und Scheinen. Der Betrag war von zwölf Voten geholt worden. Da der Kassierer den Betrag selbst nicht zählen kann, zählen die Kassenboten den Betrag, den sie geholt haben, selbst durch. Sie machen beispielsweise auf einem Päckchen Kassen Scheine ihr Zeichen, das besagen soll, daß der Betrag durchgezählt ist und stimmt. Darauf übergeben sie den Betrag dem Kassierer. Als der Betrag von zwei Millionen an den Kassierer abgeliefert worden war, fehlten 260 000 Mk. Es wurde sofort nachgesehen und festgestellt, daß ein Vote fehlte. Der Bote B r ü n i n g hatte sich während des Zählens unbemerkt davongeschlichen. Die Personalbeschreibung lautet: Name Brüning, unterlegte Figur, schwerfällige Sprache mit holsteinischem Dialekt, etwas S.-Weine, aber kaum merklich unverheiratet, hat aber ein Verhältnis. Auf die Ergreifung des flüchtigen Kassenboten und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Geldes setzte die Direktion der Dresdener Bank eine B e l o h n u n g von 10 000 Mk. aus.

**Automobilunfall bei Weimar.** Auf der Chaussee zwischen Weimar und Erfurt stieß gestern das Automobil des Viehhändlers Fargut aus Weimar mit einem Viehwagen zusammen. Das Automobil, in dem sich noch der Bäckermeister Schröder aus Weimar mit seiner Frau und Tochter sowie die Frau des Fleischermeisters Fischer befanden, überschlug sich und vier von den Insassen wurden schwer verletzt.

**Eine schreckliche Bluttat** ist in Frankleben unweit Halle verübt worden. Dort fand man vor zwei Wochen in einer Feldscheune die völlig entlebte Leiche eines unbekanntes Mannes. Nach den Feststellungen der hiesigen Staatsanwaltschaft handelt es sich um einen Luffeher namens Krupa aus Wernsdorf. Der Unglückliche ist am Samstagabend von betrunknen polnischen Arbeitern niedergemacht und in schändlicher Weise verstümmelt worden. Die Täter schleppten den Schwerverletzten in eine Feldscheune, wo er noch drei Tage am Leben blieb, dann aber seinen Verletzungen erlag, weil nichts zu seiner Hilfe getan wurde. Nachdem er tot war, beraubten die Täter ihn seiner Kleidungsstücke und verbrannten sie mit samt den Ausweispapieren. Zwei polnische Arbeiter, die an der Tat beteiligt sind, konnten bereits verhaftet werden.

**Schreckenstat eines Irren.** Eine schwere Bluttat ereignete sich in dem Dorfe Stojentzin, Kreis Stolp in Pommern. Der Gemeindevorsteher Hein, dessen Frau gestorben und vor einigen Wochen beerdigt war, kam am Montag zu dem Pastor Meißner und fragte ihn, wo seine Frau geblieben sei. Als ihm der Pastor erklärte, daß sie bereits seit längerer Zeit beerdigt sei, schlug Hein mit voller Kraft mit seinem Krückstock den Pastor Meißner zweimal über den Kopf, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Dann ergriff Hein ein Messer und stach auf den Pastor ein, doch wurde er bald zurückgehalten. Der Pastor erlitt einen Schädelbruch und liegt hoffnungslos danieder. Hein, der aus Gram über den Verlust seiner Frau irrsinnig geworden ist, mußte einem Irrenhause überwiesen werden.

**Eifersüchtlingsdrama.** Die 34jährige Prinzessin Maria Aprincena in Torre del Greco vergiftete sich mit Sublimat nach einer Eifersüchtlingszene mit ihrem Gatten.

**Das hartnäckige Reichsgericht, oder: Der Redakteur soll und muß verurteilt werden!** Den Konserativen den Vorwurf antimonarchischer Gesinnung gemacht zu haben, war dem früheren verantwortlichen Redakteur der liberalen „Thorner Zeitung“, Siegfried Vogt, zur Last gelegt worden, der sich deshalb vor dem Landgericht Thorn am 19. Mai v. J. wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten hatte. Gegen das auf Freisprechung lautende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, woraufhin das Reichsgericht am 20. Oktober v. J. das Urteil aufhob und an die Vorinstanz zurückverwies, die jedoch in der erneuten Verhandlung vom 14. Februar d. J. gleichfalls auf Freisprechung erkannt hat, indem sie dem Angeklagten den Schutz des § 193 StGB zubilligte; denn wenn auch eine Beleidigung vorliege, so habe der Angeklagte in dem fraglichen Artikel als Redakteur eines politischen Blattes nur die Interessen seiner Partei verfolgt. Der Artikel, der am 3. Februar v. J. in der „Thorner Zeitung“ erschienen war, lautete: „Eine ipisige Geschichte aus der Ostmark“. In diesem hieß es, der Rittergutsbesitzer v. W. habe, als er gebeten wurde, aus seinem Walde etwas Tannenreisig zur Ausschmückung der Schule an Kaisers Geburtstag herzugeben, erklärt, dafür wage er seinen Wald nicht anzuschneiden. Anschließend an diese der Wahrheit entsprechende Mitteilung hieß es in dem Artikel weiter: „Bei den Stützen von Thorn und Altar (welche Worte das Gericht als höhnisches aufgefaßt hat) verlage der Patriotismus sofort, wenn es sich um die Ausgabe von Geld handle. Durch diesen Vorwurf antimonarchischer Gesinnung richtete sich der Rittergutsbesitzer v. W. beleidigt. Das Landgericht Thorn hat aber, wie bereits erwähnt, den Angeklagten abermals freigesprochen. Auch gegen das erneute Urteil hatte die Staatsanwaltschaft wiederum Revision eingelegt mit der Begründung, daß auch dem Redakteur eines Parteiblattes nicht das Recht zustehe, im politischen Kampfe jemand persönlich anzugreifen und in seiner Ehre zu kränken. (Dieses Recht steht nur „Patrioten“ und Reichsverbändlern zu.) Das Reichsgericht hob daraufhin am 25. Juni das Urteil wiederum auf und verwies die Sache nunmehr an das Landgericht Graudenz zurück. Wenn die Graudenz Richter nun aber auch wieder freisprechen? Dann muß die „Sache“ an die Arbeitswilligen-Jurist ins Ruhrrevier verwiesen werden.

Bei einer Explosion von Feuerwerkskörpern im Feuerwerkslaboratorium in Oerzen kam der Besitzer des

Laboratoriums ums Leben; eine zweite Person wurde schwer verletzt. — Gestern morgen explodierte in der chemischen Waschanstalt und Dampfzuckererei von Wegner in Straßfurt ein Benzindämpfer. Sechs Personen wurden schwer verletzt, darunter der Besitzer. Sein Vater und sein ihm begleitender zwölfjähriger Sohn sind bald darauf gestorben.

**Schweres Unglück in der französischen Marine.** In Bord des Panzerschiffes „Jules Michelet“ ereignete sich bei Schießübungen, die bei Salins d'Hyeres in der Nähe von Toulon abgehalten wurden, ein Unglücksfall. Während mehrere Matrosen damit beschäftigt waren, eine Kanone zu laden, explodierte plötzlich der Lauf, wahrscheinlich infolge von Überhitzung. Die umstehenden Matrosen wurden zu Boden geschleudert; etwa 20 von ihnen erlitten leichte, sechs Mann, darunter auch der Offizier, der die Schießübungen leitete, schwere Verletzungen.

**Der Untergang der „Oceana“ vor dem englischen Handelsamt.** Aus London wird gemeldet: Das Handelsamt, das die Untersuchung über den Zusammenstoß zwischen dem B. und O.-Dampfer „Oceana“ und dem deutschen Segelschiffe „Bisagua“ geführt hat, gab sein Urteil dahin ab, daß die Offiziere des deutschen Schiffes keine Schuld treffe. Der Zusammenstoß sei dadurch verursacht worden, daß der erste Offizier der „Oceana“ widerrechtlich versucht habe, den Bug der „Bisagua“ zu kreuzen, wofür er für sechs Monate vom Dienst suspendiert wird. Auch das Kentern eines Rettungsbootes, bei dem 17 Personen ihr Leben einbüßten, wird dem ersten Offizier zur Last gelegt, der neben dem dritten Offizier ferner dafür verantwortlich gemacht wird, daß keine Versuche gemacht wurden, die Ertrinkenden zu retten. Es waren auf der „Oceana“ mehr Rettungsboote vorhanden, als das englische Gesetz vorschreibt, aber sie waren zum Teil über 15 Jahre alt und unbrauchbar. Die Mannschaft war gar nicht auf Rettungsversuche eingelebt, (kaum glaublich. Red.) ja selbst der Kapitän wußte nicht, wie ein Rettungsgürtel angelegt werden muß und einer Dame war dieser Apparat von einem Steward so angechnallt worden, daß, wenn sie vom Schiffe hätte springen müssen, ihr Kopf unter Wasser, ihre Beine über Wasser gehalten worden wären; so wäre der Rettungsgürtel durch die Unwissenheit des Schiffspersonals zum Verderben der Passagiere geworden. Die Ausrüstung der Rettungsboote ließ gleichfalls viel zu wünschen übrig. (!) Der Zahlmeister, dessen Pflicht es gewesen wäre, die Einschiffung der Passagiere in die Rettungsboote zu leiten, war der erste, der das Schiff verließ. Das Gericht drückt sein tiefes Bedauern aus, daß das System des Passagierdienstes, das die B. und O.-Gesellschaft in so vielen Jahren aufgebaut habe, unter Umständen gänzlich verjagt habe, die keineswegs schwierig gewesen seien.

**h. Die Herren Syndici.** In dem Münchener Prozeß des Professors Brentano war schon ein Syndikus unter die Räder gekommen, jetzt kam bei einer weiteren gerichtlichen Auseinandersetzung Brentanos mit seinen Gegnern schon der zweite unter die Räder. Das erstemal mußten zwei gelbe Gewerkschaftsredakteure daran glauben, diesmal ist es der Syndikus des bayerischen Industriellenverbandes, Dr. Kuhle selbst, der zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wird. Dr. Kuhle hatte Professor Brentano vorgeworfen, dieser habe Revolver schießen, Messerfische, schwere Drohungen usw. als berechtigte harmlose Luftungen streifen der Arbeiter bezeichnet. Die eigentliche Prozeßmaterie ist bei dieser ganzen Geschichte bedeutungslos. Wichtig ist, wie die Syndici der Industriellen Unternehmerverbände gegen ihnen mißliebige Gelehrte vorgehen. Und am allermerkwürdigsten ist dabei, daß es dann die beliebteste und sicherste Methode, Erfolge zu erzielen, ist, den Gegner Sozialdemokrat zu nennen! Der Sozialdemokrat wird dann von diesen hünderten Leuten — auch Kuhle ist mit absolviertem Universitätsstudium in die Industrieparagis gekommen — als das Schiefmal ausgemalt, das mit dem Revolver schießt und dem Dolche sticht, das nicht arbeiten will und doch die genug Lohn bekommt! So malt sich in den Köpfen dieser Leute die Welt! Unter dieser Gesichtspunkten bekämpfen diese Herren die Sozialdemokratie, so wollen sie die gewalttätige Volksbewegung aller Zeiten aufgefaßt wissen. Wenn es keine anderen Beweise gäbe, dieser eine genügt schon, um festzustellen, daß heute die verschiedenen Gesellschaftsklassen in einander fremden Welten leben!

**Terrorismushen in Neuport.** Dienstag war Neuport der Schauplatz ungewöhnlicher Ereignisse. Infolge der starken Steigerung der Fleischpreise hatte sich der

Bedürfnis eine lebhaften Erregung bemächtigt, die in einem imposanten Umzug der Frauen zum Ausdruck kam. Die Wut der Frauen hatte sich so gesteigert, daß sie mehrere Fleischläden attackierten und die in dem Lokal anwesenden Käufer hinaustrieben. Darauf machten sie die Fleischwaren ungenießbar, indem sie Petroleum darüber schütteten.

**Schwer bestrafte fröhliche Leichstin.** In Uebach bei Gellentzchen setzten sich zwei Knaben auf die Verbindungsstange zwischen einem Lastautomobil und einem Anhängewagen. In einer abschüssigen Stelle der Straße brach die Verbindungsstange und beide Knaben wurden überfahren. Der eine starb bald darauf, während der andere mit schweren Verletzungen daniederlag.

**Kleine Chronik.** In Neuzell bei Landsberg a. Warthe ist der Präparand Lindemann mit verstopftem Munde ermordet aufgefunden worden. — Ein aus Böhmen stammender Schlosser sah in den Dresdener Anlagen die zwölfjährige Tochter seiner früheren Geliebten mit anderen Kindern spielen. Er lockte das Mädchen, das ihn kannte, an sich und jagte ihm eine Kugel in den Hinterkopf. Als das Kind zusammenbrach, feuerte er vier Schüsse auf sich ab, die ihn lebensgefährlich verletzten. — Der Tenorist Steinmann in Warschau zog in der Wohnung seines Schwiegervaters, als die ganze Familie bei Tisch saß, einen Revolver, feuerte zuerst auf seine junge Frau einen Schuß ab und erschoss sich dann selbst. Die Frau ist schwer verletzt.

## Handels- und Markt Nachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 22. Juni.**  
Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mt., Meierei-Butter Pfd. 1,80—1,85 Mt., Hasen — Mt., Enten 3,00—4,00 Mt., Hühner 2,00—3,00 Mt., Küken Stück 1,80—1,50 Mt., Tauben Stück 55—60 Pf., Gänse — Pfd. — Mt., Fleggans — Mt., Schinken Pfd. 0,00—1,10 Mt., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pf., Wurst Pfd. 1,80—1,40 Mt., Eier Stk. 7—7 1/2 Pf., Heringe — Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mt., Schale 1,80—1,40 Mt., Brachsen 0,00 Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barje Pfd. 60 Pf., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mt., Karautschen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pf. — Mt., Gurken 100 Pf. — Mt., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mt., Äpfel verschiedene pr. 100 Pf. — Mt., Pflaumen, pr. 100 Pf. 70—80 Pf., Mand Pfd. — Pf., Steinbutt, lebende Pfd. 60 Pf., Spargel 1. Sorte 50—65 Pf., 2. Sorte 40 Pf.

**Getreidepreise.** Lübeck, 28. Juni.  
Weizen, 128—134 Pfd. holl. — Mt., Roggen 120—125 Pfd., holl. 198—198 Mt., Gerste, nach Qualität 205—215 Mt., Hafer, nach Qualität, 203—208 Mt. alter — Mt., hochfein über Rottz, per 1000 Kilo.

**Butter-Notierungen**  
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Hamburg, 28. Juni.  
1. Klasse 486 Drittel zu 121,64 Mt. im Durchschnitt.  
2. „ 30 „ 115,62 Mt. „  
Unterkauft blieben — Tonnen.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Juni.**  
Auftrieb 1279 Schweine. Markt schlanter geräumt. Überfland — Stück.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 69.— bis 70.— (65.— bis 68,00 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 69.— (— bis 65.— Mt.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 70,00 bis 71.— (54,50 bis 55,50 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 69,50 bis 71.— (54,00 bis 55,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 63.— bis 67.— (43.— bis 51.— Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65.— bis 66,00 (52,00 bis 53,00 Mt.) Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 60,00 bis 63,00 (47,00 bis 49.— Mt.)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: J. H. Sch. in d. Druck. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Siegerin**  
"Palmas"  
"Mohra"  
Arb.- u. Berufs-Kl.  
J. H. Fein, am Markt  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
K. Quitzau, Schwartzau, Markt 14.  
Art. z. Krankenpfl.  
F. W. Heyde,  
Bäckereien  
J. Eixmann,  
R. Rasch,  
Ad. Hinzelmann,  
B. Plath,  
Beerd.- u. Sarg-Mag.  
Central-Verdauungsanstalt  
C. Thiesen & Sohn,  
Beschlusstellen  
Hansa J. Detmann

**Erste drei mal wöchentlich**  
**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Brauereien  
Elbschloss,  
Klein Schloß  
F. Veinville  
F. Langloß  
Brennmaterialien  
Butter-, Käsehandl.  
Cacao, Chocol., Tee  
Cigarrenhandlung  
Dampfwasch-, Plättwasch-  
Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

**Drogerien**  
W. Hohenschield, Marist. 2c. T. 136.  
Julius Vogt,  
Fahrräder, Nähmasch.  
H. Benthien,  
Deutsches Nähmaschinen- Haus  
Gustav Rath,  
Farben u. Lacke  
Fleisch- u. Wurstw.  
Hans Gerds,  
Gothknecht,  
Carl Joest,  
Vik. Hill,  
L. Hill

**Friseure, Parfüm.**  
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.  
Galant.-, Spielwar.  
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.  
Handels- Lehranst.  
Privat-Handels-Institut  
Herm. Lips, Dankwartsgrube.  
Haus- u. Küchenger.  
H. Kade,  
Herren- u. Knab.-Gard.  
Joh. Dittmer, Lübeck, Dröggest 12a.  
Hüte und Mützen  
Kino-Salon  
Biophon-Theater  
Kolonial-, Fettwar.  
Ernst Lüth, Billent. 1.

**Kurz-, Weiss-, Wollw.**  
O. Sillenberg, Lindenstr. 39.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
Manufakturwaren  
Johann Dittmer, Dröggest 12a.  
Möbelmagazine  
Hinke & Stech,  
W. Pamperlin,  
Molkereiprodukte  
Meiereien  
Meierei Rensefeld  
Meierei Schwartzau  
Optik u. Mechanik  
Garl Volger,  
Photogr. Ateliers  
O. Goetze,  
Samson & Co.,

**Billigste Bezugsquelle für**  
Oten, Herde, Gaskocher, Grudsteine  
Adolf Borgfeldt,  
Putz u. Modewaren  
Empfehlensw. Restaur.  
Schreibwaren  
Aug. Burmeister,  
Elsa Paulsen,  
Schuhwaren  
Frank Genzmer,  
F. Wichmann,  
Tapeten, Linoleum  
Trikot-, Strumpfw.  
Uhren-Repar.-Werkst.  
Amerikanische, Uhrst.  
Uhren, Goldwaren  
August Büttner,  
Weine, Spirituosen  
Friedr. Otto,